



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

33. Jahrgang · Heft 4

April 1981

Grafik des Monats: **Studenten in Schleswig-Holstein**

Aufsätze: Schleswig-Holstein im Jahre 1980

Teil 2: Handel Personal der
Fremdenverkehr öffentlichen
Verkehr Verwaltung
Insolvenzen Verbraucherpreise
Steuern Arbeit und Verdienst

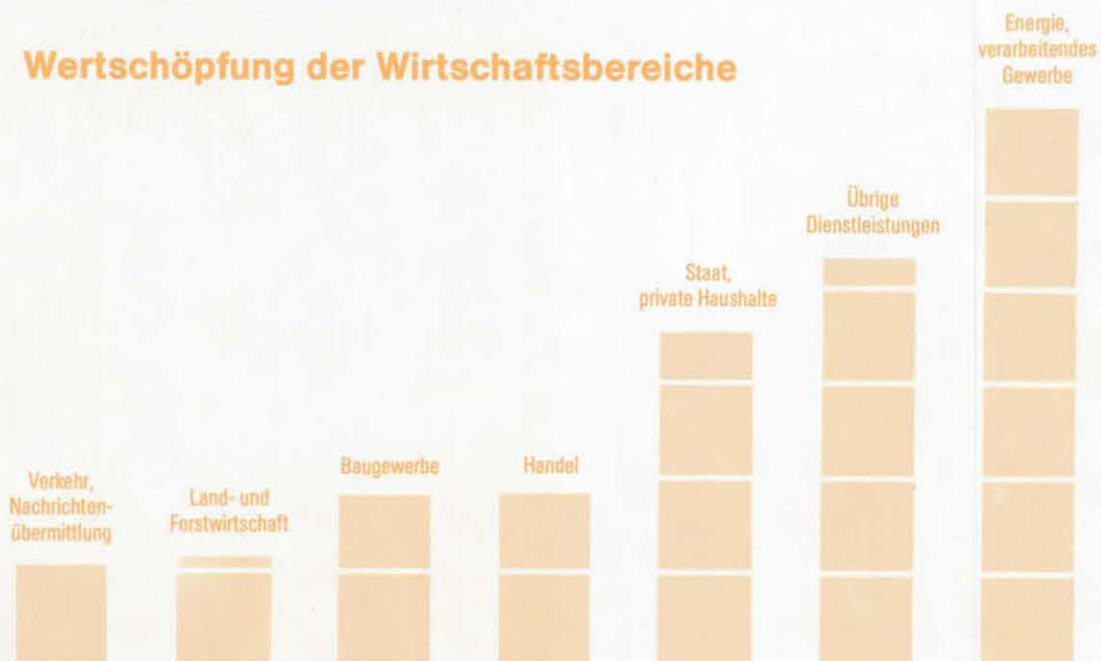
Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1978

Wohnungsstichprobe 1978

Kurzberichte: **Studenten im Wintersemester 1980/81**

Aus unserem Archiv

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Februar 1981		Januar bis Februar 1981	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
Beschäftigte	1 000	180	— 1,1	181	— 0,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	18	— 8,4	18	— 6,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	436	+ 0,5	449	+ 3,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 539	+ 7,1	2 526	+ 7,3
Auftragseingang in					
ausgewählten Wirtschaftszweigen	Mill. DM	1 532	+ 35,4	1 385	+ 20,5
darunter Ausland	Mill. DM	451	+ 59,9	429	+ 59,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	236	— 5,2	248	+ 5,4
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	54	— 2,9	54	— 2,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	— 15,3	4	— 11,2
Löhne und Gehälter	Mill. DM	90	— 5,8	82	— 1,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	230	+ 33,4	219	+ 34,6
Auftragseingang ³	Mill. DM	208	— 4,2	186	— 4,3
Baugenehmigungen ⁴					
		Dezember 1980		Januar bis Dezember 1980	
Wohnbau	Wohnungen	1 622	+ 37,7	1 504	— 3,2
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	550	— 15,5	669	— 1,4
Arbeitsmarkt					
		Februar 1981		Januar bis Dezember 1980	
Arbeitslose	Anzahl	62 079	+ 31,7	62 115	+ 30,9
Ausfuhr					
		Januar 1981		Januar bis Dezember 1980	
Ausfuhr	Mill. DM	614	+ 31,4	512	+ 9,7
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	613	+ 31,3	503	+ 11,8
Kredite ⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 616	+ 13,8	8 208	+ 17,3
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	32 715	+ 11,4	30 909	+ 12,9

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 4/81

	Seite
Aufsätze	
Schleswig-Holstein im Jahre 1980	
Teil 2: Handel	74
Fremdenverkehr	76
Verkehr	77
Insolvenzen	78
Steuern	79
Personal der öffentlichen Verwaltung	81
Verbraucherpreise	81
Arbeit und Verdienst	82
Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1978	86
Ausgewählte Ergebnisse der Wohnungstichprobe 1978	90
Kurzberichte	
Studenten im Wintersemester 1980/81	94
Aus unserem Archiv	95
Grafik des Monats	84
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ..	3. Umschlagseite

* Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1980

Personal im öffentlichen Dienst
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 1)
Lehramtsprüfungen

Heft 11/12-1980

Bundestagswahl 1980 (Teil 1)
Ehescheidungen
Baulandmarkt
Betriebsgrößen

Heft 1/1981

Urlaubsreisen
Handwerksstatistik ab 1977
Geflügelhaltung

Heft 2/1981

Bundestagswahl 1980 (Teil 2)
Gemeinden und Ämter
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 2)

Heft 3/1981

Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 1)



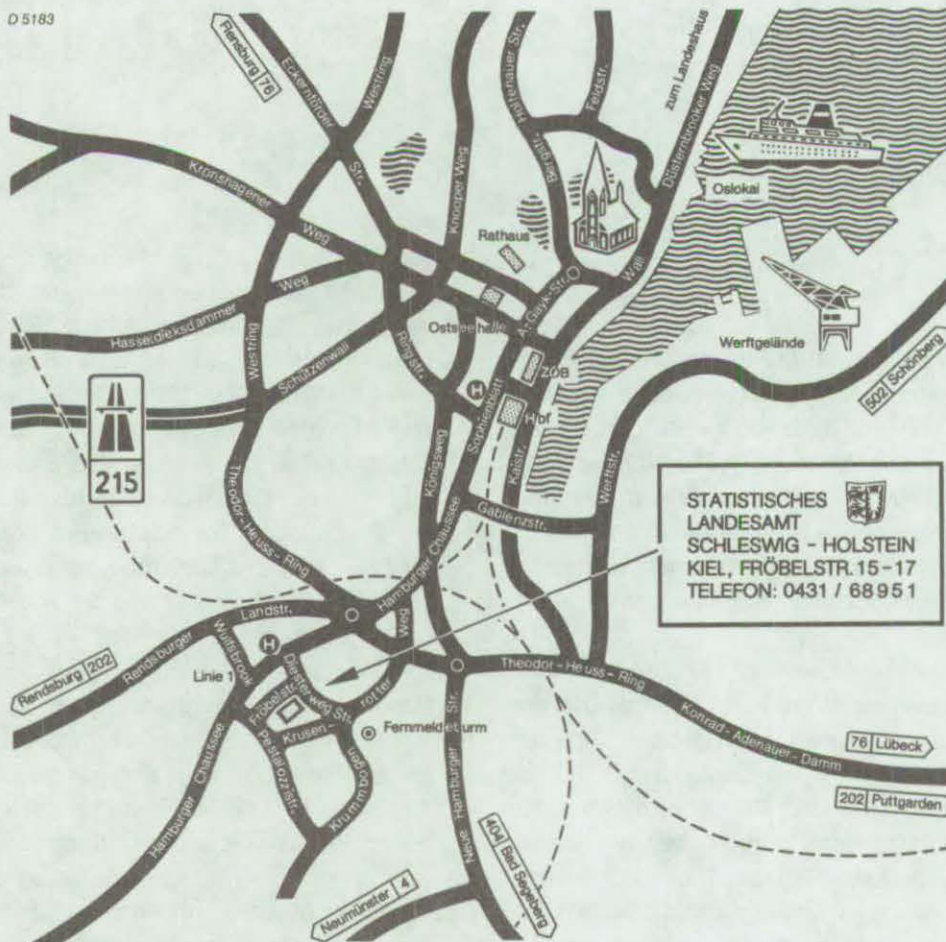
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang · Heft 4

April 1981

Wir sind umgezogen:



Schleswig-Holstein im Jahre 1980

Teil 2

Handel

- Ausfuhr
- Einfuhr
- Einzelhandel
- Gastgewerbe

Fremdenverkehr

Verkehr

- Kfz-Bestand
- Straßenverkehrsunfälle

Insolvenzen

Steuern

- Gemeindesteuern
- Staatliche Steuern

Personal der öffentlichen Verwaltung

Verbraucherpreise

Arbeit und Verdienst

- Arbeitszeiten
- Bruttoverdienste der Arbeiter
- Bruttoverdienste der Angestellten

Handel

Ausfuhr

Das Exportgeschäft ist 1980 besser verlaufen, als angesichts der stockenden Weltkonjunktur hätte erwartet werden können. Dazu hat zweifellos beigetragen, daß Kosten und Preise im Inland nicht so stark stiegen wie im Ausland. Bei nachgebendem Wechselkurs für die D-Mark hat sich daher die Wettbewerbsposition der inländischen Unternehmen gegenüber den ausländischen Konkurrenten verbessert.

Im Zeitraum Januar bis November 1980 führte Schleswig-Holstein Waren im Wert von 5,6 Mrd. DM aus. Das sind 11,7 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1979. Damit wurde zugleich das Rekordergebnis von 1977 (5,4 Mrd. DM) übertroffen. Ohne die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen stieg die Ausfuhr im Jahre 1980 gegenüber 1979 sogar um 13,9 %. Überdurchschnittlich stark entwickelte sich die Ausfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft. Sie stieg von 877 Mill. auf 1,08 Mrd. DM, also um fast ein Viertel. Zu dieser Entwicklung trug vor allem die Ausfuhr von Nah-

rungsmitteln tierischen Ursprungs bei, die um 41,0 % zunahm. Wesentlichen Anteil hieran hatte die Ausfuhr von Butter. Sie stieg von 30 auf 123 Mill. DM. Die gewerbliche Wirtschaft konnte ihre Ausfuhr um 9,2 % auf 4,5 Mrd. DM erhöhen. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Bereichen allerdings recht unterschiedlich. So nahm die Ausfuhr von Enderzeugnissen, die fast 60 % der Gesamtausfuhr ausmacht, nur um 3,9 % zu. Die Ausfuhr von Halbwaren stieg dagegen um 42,4 %, woran die Ausfuhr von chemischen Halbwaren sowie von Kraftstoffen und Schmierölen maßgeblich beteiligt war.

Von der Gesamtausfuhr entfielen 1980 gut drei Viertel auf die industrialisierten westlichen Länder. Sie steigerten ihre Importe aus Schleswig-Holstein gegenüber 1979 um 14,0 %. Noch stärker, nämlich um 17,4 %, nahm die Ausfuhr in die Ostblockländer zu. Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer stieg dagegen nur um 1,8 %. Wichtigstes Abnehmerland war wiederum Dänemark, das 12,5 % mehr Waren aus Schleswig-Holstein einfuhrte als 1979. Dicht dahinter folgte Frankreich, das seine Einfuhren von 435 auf 570 Mill. DM erhöhte.

Einfuhr

Die Einfuhr Schleswig-Holsteins ist im vergangenen Jahr nahezu doppelt so stark wie die Ausfuhr angestiegen. Von Januar bis November 1980 wurden Waren im Wert von 7,1 Mrd. DM eingeführt. Das sind 21,6 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1979. Nur im Krisenjahr 1974 hatte die Einfuhr mit plus 26,5 % noch stärker zugenommen.

Damals wie im vergangenen Jahr waren die hohen Zuwachsraten eine Folge des erheblich gestiegenen Wertes der Rohöleinfuhr. Zwischen beiden Jahren besteht jedoch ein grundlegender Unterschied. Während nämlich 1974 Preise und Mengen den Wert der Rohöleinfuhr hinaufgetrieben haben, beruhte die Entwicklung der Rohöleinfuhr im Jahre 1980 allein auf höheren Preisen. Die importierte Rohölmenge ist 1980 sogar leicht zurückgegangen, nämlich von 4,01 auf 3,95 Mill.t. Der Wert des von Januar bis November eingeführten Rohöls belief sich auf 1,5 Mrd. DM. Das sind 55,6 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1979. Der Durchschnittspreis für eine Tonne Rohöl stieg von 238 DM im Jahre 1979 auf 376 DM im Jahre 1980, innerhalb eines Jahres also um fast 60 %. Die Einfuhr von Kohle zog ebenfalls kräftig an. Relativ gesehen war der Zuwachs des Einfuhrwertes sogar etwas größer als beim Rohöl (+ 57,6 %). Im Unterschied zum Rohöl nahm allerdings auch die importierte Kohlemenge zu, und zwar von 2,2 auf 2,7 Mill.t. Der Preis je Tonne Importkohle erhöhte sich von 85 DM auf 109 DM. Auch die übrigen Bereiche der Einfuhr wiesen im Zeitraum Januar bis November 1980 im Wert verhältnismäßig hohe Zuwachsraten auf. So erhöhte sich die Einfuhr von Vorerzeugnissen gegenüber 1979 um 17,5 %, von Enderzeugnissen um 15,6 % und von Halbwaren um 12,7 %. Die Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft stieg um 9,3 %.

Einzelhandel

In den letzten fünf Jahren hat sich die Umsatzentwicklung im Einzelhandel von Jahr zu Jahr abgeschwächt. Erzielte der Einzelhandel 1976 gegenüber 1975 noch ein Umsatzplus von 9,4 %, so war die Zuwachsrate im vergangenen Jahr mit 4,6 % nur noch knapp halb so groß; mengenmäßig ist damit 1980 weniger umgesetzt worden als 1979. Die wichtigsten Gründe für die Abschwächung der Verbrauchskonjunktur sind die hohe Arbeitslosigkeit und die labile wirtschaftliche Entwicklung. Zusätzlich wurde die Geschäftstätigkeit des Ein-

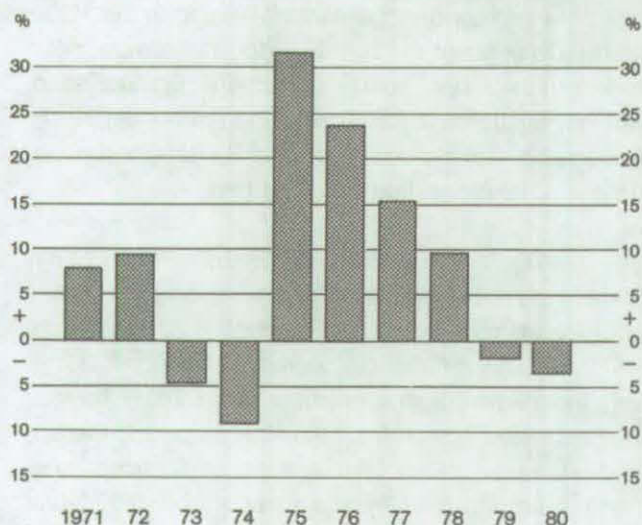
zelhandels durch den enormen Anstieg der Energiepreise in den beiden letzten Jahren gedämpft. Die Energieverteuerung hat gleichzeitig die Branchengewichte verschoben. Deutliche Wirkungen des Kaufkraftentzugs zeigten sich bei der Nachfrage nach elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, weniger ausgeprägt waren sie dagegen bei der Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere von Nahrungs- und Genußmitteln.

Von allen Bereichen erzielte der Einzelhandel (Eh) mit Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf 1980 den höchsten Umsatzzuwachs. Er setzte 9,2 % mehr um als 1979. Dafür hatte der Zuwachs 1979 mit 3,3 % vergleichsweise niedrig gelegen. Hohe Zuwachsraten verzeichneten auch der Eh mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie der Eh mit Papierwaren und Druckerzeugnissen. Hier lag die Umsatzsteigerung bei 8,5 % und 7,4 %. Beide Bereiche setzten damit ihre relativ günstige Umsatzentwicklung der Vorjahre fort. Der Eh mit Textilwaren und Schuhen hat sich im vergangenen Jahr wieder etwas erholt, nachdem der Umsatz 1979 nur noch um 1,7 % gestiegen war; 1980 betrug der Zuwachs 5,4 %. Der Eh mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen verzeichnete 1980 ein Umsatzplus von 4,8 %. Damit lag die Umsatzentwicklung geringfügig über dem Gesamtdurchschnitt. Mittelfristig hat sich seine Position jedoch verschlechtert, da der Umsatzanstieg zwischen 1975 und 1979 zum Teil deutlich hinter der Gesamtentwicklung zurückgeblieben war. Auf dem Vorjahresniveau verharrte der Umsatz im Eh mit elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren. Nach den geringen Zuwachsraten in den beiden Vorjahren (+ 2,1 und + 1,0 %) hat sich damit die Geschäftstätigkeit nochmals verschlechtert. Insbesondere Foto- und Kinoparate ließen sich schwerer absetzen. Aber auch der Verkauf von Leuchten, Uhren und Schmuckwaren entwickelte sich rückläufig. Relativ gut gingen dagegen Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte. Weiter zurückgegangen ist der Umsatz im Eh mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen. Nach minus 0,1 % im Jahre 1979 folgte nun ein Rückgang um 2,8 %. Hierzu trug in erster Linie die Absatzflaute im Automobilsektor bei. Die Umsatzentwicklung im Eh mit Kraftwagen und Krafträdern zeigt die folgende Grafik. Wie man sieht, hat sich das Umsatzwachstum seit 1975 von Jahr zu Jahr rapide verringert, bis schließlich im Jahre 1979 eine negative Entwicklung eintrat.

Auch im Eh mit Kohle und Mineralölerzeugnissen wurde 1980 weniger umgesetzt als 1979. Der Rückgang betrug hier genau 10 %. Ursache ist ein erheb-

Einzelhandel mit Autos und Motorrädern

Veränderungen des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr



lich geringerer Absatz von Kohle und Heizöl, denn die Preise sind bekanntlich stark gestiegen.

Gastgewerbe

Das Gastgewerbe setzte im vergangenen Jahr nominal 6,4 % mehr um als 1979, wobei das Beherbergungsgewerbe mit einem Umsatzzuwachs von 7,5 % besser abschnitt als das Gaststättengewerbe, das seine Umsätze um 5,8 % steigerte. Diese Zuwachsraten mögen recht günstig erscheinen. Man muß jedoch berücksichtigen, daß der Umsatz im 1. Halbjahr 1979 infolge der beiden Schneeperioden nur um 0,3 % gestiegen war. Unter anderen Witterungsbedingungen hätte das Gastgewerbe damals sicherlich einen höheren Umsatzzuwachs erzielt, wodurch sich automatisch eine geringere Zuwachsrate für 1980 ergeben hätte.

Fremdenverkehr

Das Bettenangebot ist nach den hohen Zuwachsraten zu Beginn der siebziger Jahre in den vergangenen fünf Jahren nur noch mäßig angestiegen. Standen am 1. April 1975 in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren zusammen 242 000 Betten zur Verfügung, so waren am 1. April 1980 in beiden Beherbergungskategorien 252 000 Betten vorhanden. Damit ist die Beherbergungskapazität in fünf Jahren um 10 000 Betten oder 4,1 % erweitert worden. Der durchschnittliche jährliche Zuwachs betrug demnach weniger als 1 %.

Während sich in Privatquartieren die Zahl der Betten gegenüber 1975 um 11,4 % erhöht hat, ging das Angebot der Beherbergungsbetriebe geringfügig zurück. Dadurch stieg der Bettenanteil der Privatquartiere an der Gesamtzahl der Betten von 48,1 % auf 51,5 %. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die Ferienzentren in den vergangenen Jahren Ferienwohnungen an Privatpersonen verkauft haben. Da diese Wohneinheiten nach ihrem Verkauf statistisch zu den Privatquartieren rechnen, erhöhte sich die Kapazität der Privatquartiere, in gleichem Maße verringerte sich die Bettenzahl der Beherbergungsbetriebe. Aus dem Verkauf der Ferienwohnungen erklärt sich zugleich die rückläufige Bettenzahl in der Gruppe der gewerb-

lich vermieteten Ferienhäuser und Ferienwohnungen, wenngleich der Rückgang wesentlich geringer war als der Zuwachs bei den Privatquartieren. Die Gruppe der Ferienhäuser und Ferienwohnungen hat also auch wieder Betten dazubekommen, teils dadurch, daß neue Anbieter auftraten, teils durch Umbau herkömmlicher Quartiere. Eine gegenüber 1975 geringere Kapazität wiesen 1980 auch die Hotels garni (- 5,0 %), die Pensionen (- 11,4 %), die Gasthäuser (- 6,9 %) und die Sanatorien (- 2,7 %) auf. Demgegenüber dehnten die Hotels (+ 1,4 %) und die Erholungsheime (+ 7,8 %) ihre Kapazität aus.

Im Fremdenverkehrsjahr 1980 (Oktober 1979 bis September 1980) wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 156 Berichtsgemeinden 3,0 Mill. Gäste und 22,7 Mill. Übernachtungen gezählt, das waren im Vergleich zum Vorjahr 5,3 % mehr Gäste und 4,2 % mehr Übernachtungen. Die Ergebnisse von 1976 und 1977 wurden allerdings noch nicht wieder erreicht. An dem Rekordergebnis von 1976 fehlten 1,7 Mill. Übernachtungen. Selbst gegenüber 1978 schnitt das letzte Fremdenverkehrsjahr schlechter ab, denn 1980 wurden rund 400 000 Übernachtungen weniger als 1978 registriert. Dies entspricht einem Minus von 1,9 %.

In den Gemeindegruppen verlief die Entwicklung des Fremdenverkehrs in den letzten fünf Jahren recht unterschiedlich. Die Großstädte, die Heilbäder und die Gruppe der sonstigen Berichtsgemeinden können auf eine positive Entwicklung zurückblicken, die nahezu kontinuierlich verlief. In den Großstädten nahm die Zahl der Übernachtungen von 1976 auf 1980 um 8,9 % zu. In den Heilbädern betrug das Übernachtungsplus 7,4 % und in den sonstigen Gemeinden 4,1 %. Die Luftkurorte und die Erholungsorte weisen demgegenüber seit 1976 eine rückläufige Entwicklung auf, die im Unterschied zu den Seebädern auch 1980 nicht abgestoppt werden konnte. In den Erholungsorten lag die Zahl der Übernachtungen 1980 um 8,8 % niedriger als 1976. In den Luftkurorten war der Rückgang mit 11,5 % noch größer. Der Rückgang des Fremdenverkehrs in den Luftkurorten und Erholungsorten ist darauf zurückzuführen, daß die Seebäder im selben Zeitraum nicht voll ausgelastet waren. Die Gäste, die ihren Urlaub an der See verbringen wollten, brauchten daher nicht auf das Hinterland auszuweichen, wie es zum Beispiel 1976 der Fall war, als die See ausgebucht war. Die Luftkurorte und Erholungsorte sind also in zweifacher Hinsicht vom Wetter abhängig. Einmal kommen bei schönem Wetter insgesamt mehr Gäste nach Schleswig-Holstein, zum anderen ist schönes Wetter in der Hochsaison der Garant für ausgebuchte Quartiere an der See, so daß die an der See nicht zum

Zuge kommenden Gäste das Übernachtungsaufkommen der Hinterlandgemeinden zusätzlich erhöhen. Wie bereits erwähnt, haben die Seebäder den seit 1976 zu beobachtenden Übernachtungsrückgang im Jahre 1980 stoppen können. Erstaunlich ist dabei, daß die Nordseebäder nicht nur gegenüber 1979, sondern auch gegenüber dem Rekordjahr 1976 mehr Übernachtungen verbuchen konnten. Sie verdanken dieses überraschende Ergebnis der Entwicklung im Winterhalbjahr, ganz besonders aber der Entwicklung in den Monaten März und April. So war die Zahl der Übernachtungen im März und April 1980 um 21,8 % höher als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1977. Bezogen auf das Winterhalbjahr 1976/77 (ohne März) ergibt sich eine Zunahme um 9,7 %. Im Sommerhalbjahr (ohne April) schnitten die Nordseebäder dagegen weniger erfolgreich ab. Zwar konnten sie gegenüber 1979 ein Plus von 5,8 % erzielen, gegenüber 1976 waren sie jedoch noch mit 1,4 % im Rückstand. Die Ostseebäder waren bei ihren Bemühungen um eine Saisonverlängerung weniger erfolgreich. Einmal wurden im Winterhalbjahr 1979/80 nur 5,4 % mehr Übernachtungen als 1976/77 gezählt. Zum anderen war das Übernachtungsaufkommen auch 1977/78 und 1978/79 zurückgegangen. Hierzu muß man allerdings bemerken, daß das Winterhalbjahr 1978/79 wegen der starken Schneefälle auch an der Nordsee schlechter als 1977/78 ausgefallen war.

Verkehr

Kraftfahrzeugbestand

Der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen (einschließlich vorübergehend stillgelegter Fahrzeuge, jedoch ohne Bundesbahn, Bundespost und Bundeswehr) hat sich im Jahre 1980 weiter erhöht. Während am 1. Juli 1979 insgesamt 1,09 Mill. Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen waren, wurden am 1. Juli 1980 1,13 Mill. Kraftfahrzeuge registriert. Der Bestand ist mit + 3,2% jedoch deutlich langsamer als in den vorausgegangenen vier Jahren gewachsen. Damals lag der jährliche Zuwachs zwischen 5,3 und 6,2 %. Die Zahl der Pkw, die 86 % des Gesamtbestandes ausmachen, erhöhte sich gegenüber 1979 um 2,9 % auf 968 000. Der prozentuale Zuwachs war damit nur noch halb so groß wie 1979. Großvolumige Motorräder waren auch 1980 wieder stark gefragt. Ihr Bestand kletterte um 24,1 %, so daß es Mitte 1980 über 19 000 schwere

Krafträder gab. Auch die Zahl der Kleinkrafträder mit Versicherungskennzeichen hat sich weiter erhöht, und zwar um 5,1 % auf 75 000. Demgegenüber ist der Bestand an Kleinkrafträdern mit amtlichem Kennzeichen wiederum geschrumpft. Zum 1. Juli 1980 wurden 6 200 Kleinkrafträder gezählt. Das sind 11,8 % weniger als im Vorjahr. Im Vergleich zum bisherigen Höchststand am 1. Januar 1977 ergibt sich ein Rückgang um 37,0 %.

Straßenverkehrsunfälle

Im Jahre 1980 ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins nach zum Teil vorläufigen Feststellungen der Polizei 17 677 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Bei diesen Unfällen wurden 523 Personen getötet und 22 895 verletzt. Darüber hinaus

wurden 58 688 Unfälle mit nur Sachschaden registriert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 5,1 % angestiegen, die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden dagegen um 5,8 % zurückgegangen. Bei diesem Vergleich muß berücksichtigt werden, daß im Schneewinter Anfang 1979 keine „normalen“ Straßenverhältnisse herrschten, sondern eine Ausnahmesituation bestand, die im ersten Quartal zu einem erheblichen Rückgang der Unfälle mit Personenschaden und zu einem nicht minder hohen Anstieg der Sachschadensunfälle geführt hatte. Die angeführten Veränderungsdaten spiegeln also nicht den Unfalltrend wider, sondern die ungewöhnliche Witterung zu Anfang 1979. Zieht man 1978 zum Vergleich heran, dann kann man von einer insgesamt günstigen Unfallentwicklung im Jahre 1980 sprechen. So war auch die Zahl der Unfälle mit Sachschaden 1980 niedriger als 1978, und zwar um 3,3 %. Bei den Unfällen mit Personenschaden betrug der Rückgang 4,9 %. Noch stärker als die Zahl der Unfälle ging die Zahl der Verunglückten gegenüber 1978 zurück; bei den Verletzten betrug der Rückgang 5,9 % und bei den Getöteten sogar 17,4 %.

Vergleicht man die Zahl der Unfälle mit Personenschaden in den ersten drei Quartalen der Jahre 1978 und 1980, so zeigt sich, daß sich das Unfallgeschehen auf der freien Strecke merklich stärker entspannt hat als innerhalb von Ortschaften. Während sich innerorts 2,8 % weniger Unfälle ereigneten, betrug der Rückgang außerhalb von Ortschaften 10,8 %. Bei den Verunglückten lief die Entwicklung sogar noch weiter auseinander. Am günstigsten entwickelten sich die Unfälle in den ersten neun Monaten des Jahres 1980 auf den Autobahnen. Hier ging die Zahl der Unfälle mit

Personenschaden gegenüber derselben Zeit des Jahres 1978 um 17,0 % zurück, die der Verunglückten um 26,4 %. Auf den Bundes- und Landesstraßen sank die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ebenfalls überdurchschnittlich stark, wobei die freie Strecke wiederum besonders günstig abschnitt. Auf den Kreisstraßen und den übrigen Straßen wurde das Ergebnis von 1978 dagegen nur gering unterschritten.

	1. — 3. Quartal 1980	Veränderung gegenüber 1978 in %
Unfälle mit Personenschaden	13 229	— 5,7
Verunglückte darunter	17 581	— 7,5
Fahrer und Mitfahrer von		
Pkw	9 372	— 14,5
Motorzweirädern	3 454	+ 10,3
Fahrrädern	2 370	+ 6,0
Fußgänger	1 736	— 11,4

Wie aus der Übersicht hervorgeht, ist die Zahl der in den ersten drei Quartalen 1980 verunglückten Fahrer oder Mitfahrer von Pkw gegenüber 1978 erheblich zurückgegangen. 1980 verunglückten auch bedeutend weniger Fußgänger als 1978. Im Gegensatz hierzu steht die Unfallentwicklung bei den Motorzweirädern und Fahrrädern. Diese Fahrzeuggruppen waren 1980 deutlich stärker am Unfallgeschehen beteiligt als 1978. Während die Zahl der verunglückten Radfahrer um 6,0 % stieg, erhöhte sich die Zahl der auf Motorrädern verunglückten Personen um 10,3 %.

Insolvenzen

Im Jahre 1980 wurden bei den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten 435 Konkurs- und Vergleichsverfahren beantragt. Eine so große Zahl von Insolvenzen hat es in Schleswig-Holstein seit der Währungsreform noch nicht gegeben. Auf über 400 belief sich ihre Zahl nur 1951 (412) und 1976 (419); im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sind es 270 gewesen. Gegenüber 1979 hat sich die Anzahl der Insolvenzen um 111 erhöht.

	Insolvenzen insgesamt	Konkurse ¹ zu- sammen	mangels Masse abgelehnt	Ver- gleiche
1979	324	323	225	1
1980	435	432	297	3

1) einschließlich Anschlußkonkurse

Von den beantragten 435 Verfahren wurden nur 138 eröffnet, und zwar 135 Konkurse und 3 Vergleiche. Bei 297 Konkursanträgen reichte die Masse nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten aus, die Eröffnung des Verfahrens wurde deshalb abgelehnt. Bei rund sieben Zehntel der Fälle lag also wie 1979 ein totaler Zusammenbruch vor.

Die angemeldeten Forderungen der 1980 erfaßten Konkurse und Vergleichsverfahren belaufen sich auf 173 Mill. DM und sind damit um 64 Mill. DM höher als 1979. Berücksichtigt man nur die Fälle, bei denen die Forderungshöhe bekannt ist — in 70 Fällen war sie strittig oder unbekannt —, so beliefen sich die Forderungen im Durchschnitt auf 473 000 DM, das sind

65 000 DM mehr als 1979. Bei 35 Verfahren machten die offenen Verbindlichkeiten über eine Million DM aus. Im Vorjahr hatte es 21 Millionen-Konkurse gegeben.

Von den 432 Konkursen waren 325 Erwerbsunternehmen betroffen. Die meisten von ihnen, nämlich 283, sind in den letzten 8 Jahren gegründet worden und nur 42 Unternehmen waren älter. Fragt man nach der Rechtsform der insolvent gewordenen Unternehmen, so zeigt sich, daß die Gesellschaften mbH mit 140 die größte Anzahl stellen und die Aktiengesellschaften keine. Hier muß man allerdings berücksichtigen, daß es in Schleswig-Holstein 8 148 Gesellschaften mbH gibt und nur 44 Aktiengesellschaften.

Steuern

Gemeindesteuern

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben 1980 Steuern in Höhe von 1,8 Mrd. DM — nach der Steuerverteilung — eingenommen. Gegenüber 1979 bedeutet dies einen Anstieg um 281 Mill. DM oder 18,2 %. Hinter diesem kräftigen Gesamtanstieg verbergen sich gegenläufige Entwicklungen in den einzelnen Steuern, die nicht aufkommensbedingt sind, sondern auf Steuerrechtsänderungen und Zahlungsmodalitäten zurückzuführen sind. Die Steuerlast der Unternehmen ist mit Beginn des Jahres 1980

- durch die Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital,
- durch den Wegfall der Lohnsummensteuer
- und durch insgesamt niedrigere Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital

vermindert worden. Die Gemeinden erhalten dafür statt 14 % nun 15 % des Landesaufkommens der Lohn- und Einkommensteuer als Gemeindeanteil und zahlen statt 120 % nun 80 % der Grundbeträge der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital als Gewerbesteuerumlage.

Gemeindesteuern	1979	1980	Veränderung
	Mill. DM		in %
Grundsteuer A	27,8	28,5	+ 2,5
Grundsteuer B	199,6	201,0	+ 0,7
Gewerbesteuer			
nach Ertrag und Kapital (brutto)	753,4	815,1	+ 8,2
Lohnsummensteuer	80,7	18,5	(- 77,1)
Sonstige Steuern	78,0	90,0	+ 15,4
Steuereinnahmen			
vor der Steuerverteilung	1 139,6	1 153,2	+ 1,2
Gemeindeanteil			
an der Einkommensteuer	719,6	885,3	+ 23,0
Gewerbesteuerumlage			
(Ausgabe)	314,8	213,1	- 32,3
Steuereinnahmen			
nach der Steuerverteilung	1 544,4	1 825,4	+ 18,2

Die von diesen Änderungen nicht betroffenen Grundsteuern haben zusammen fast das gleiche Aufkommen erbracht wie im Vorjahr. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erhöhte sich zwar um 8,2 %, die Zuwachsrate blieb aber unter der des Vorjahres (12,8 %). Inwieweit das auf die oben genannten Einflüsse zurückzuführen ist, läßt sich nicht sagen. Ihr An-

teil an den Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung hat sich von zwei Drittel auf sieben Zehntel erhöht. Bei der Lohnsummensteuer handelt es sich nur noch um Einnahmereste und Zahlungen aus Veranlagungen früherer Jahre. Die Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung sind deshalb nur um 1,2 % angestiegen. Die Gemeinden haben 1980 fast 166 Mill. DM oder 23 % mehr an Gemeindeeinkommensteuer erhalten als 1979. Das hängt vor allem mit der Erhöhung der Quote zusammen, aber auch mit dem höheren Landesaufkommen und der Rückzahlung zuviel erhaltener Beträge aus dem Jahre 1978 im 2. Vierteljahr 1979. Die von den Gemeinden an Bund und Land abzuführende Gewerbesteuerumlage ist um fast ein Drittel niedriger als 1979. Das ist vor allem auf die Ermäßigung des Umlagesatzes, aber auch auf die höhere als sonst übliche Nachzahlung zuwenig abgeführter Beträge aus dem Jahre 1978 im 2. Vierteljahr 1979 zurückzuführen.

Staatliche Steuern

Das **Aufkommen** an staatlichen Steuern belief sich 1980 auf 8,8 Mrd. DM. Es ist um 550 Mill. DM oder 6,7 % gegenüber 1979 angestiegen. Die Zuwachsrate war damit nicht ganz so hoch wie im Vorjahr (8,4 %). Zugenommen haben allein die gemeinschaftlichen Steuern, also die Steuern vom Einkommen und Umsatz, die sich um 8,6 % erhöhten. Demgegenüber ging das Aufkommen aus Bundessteuern um 9,7 % und das aus Landessteuern um 2,2 % zurück. Die gewichtigste gemeinschaftliche Steuer, die Lohnsteuer, erbrachte das größte Plus. Sie stieg um 441 Mill. DM oder 14,7 % auf 3,4 Mrd. DM an. Die veranlagte Einkommensteuer lag dagegen mit 1,4 Mrd. DM um 152 Mill. DM oder 9,8 % unter dem Aufkommen des Vorjahres. Hier wirkten die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen und die erhöhten Erstattungen aus Arbeitnehmerveranlagungen aufkommensmindernd. Die zuviel gezahlte Lohnsteuer wird nämlich bei der Veranlagung als Einkommensteuer zurückgezahlt. Die Körperschaftsteuer hat wie üblich größeren Schwankungen unterlegen. 1979 stieg sie um 30,5 % an und 1980 ging sie um 6,3 % zurück. Das hängt nicht mit den schwankenden Gewinnen der Körperschaften, sondern mit der meist langwierigen Veranlagung zusammen, die es mit sich bringt, daß die Zahlungen eines Jahres sich auch auf Veranlagungen früherer Jahre beziehen.

Hinzu kommt, daß die ausgezahlten Investitionszulagen 1980 erheblich zugenommen haben. Die Steuern vom Umsatz erbrachten ein Mehr von 348 Mill. DM oder 17,4 %. Hier ist neben den gestiegenen Preisen zu berücksichtigen, daß die Erhöhung der Steuersätze Mitte 1979 sich 1980 auf das gesamte Jahr auswirkte.

Staatliche Steuer	1979	1980	Veränderung
	Mill. DM		in %
<hr/>			
	Aufkommen (vor der Steuerverteilung)		
Lohnsteuer	3 002	3 443	+ 14,7
Veranlagte			
Einkommensteuer	1 549	1 397	— 9,8
Körperschaftsteuer	511	479	— 6,3
Steuern vom Umsatz	2 004	2 352	+ 17,4
	Einnahmen (nach der Steuerverteilung)		
Bund	4 311	4 530	+ 5,1
Land	4 421	4 762	+ 7,7

Die **Steuereinnahmen** des Landes aus gemeinschaftlichen und Landessteuern stiegen 1980 um 340 Mill. DM oder 7,7 % auf 4,8 Mrd. DM an. Die Zuwachsrate ist fast so hoch wie 1979 (8,2 %), liegt aber unter der im Haushalt 1980 angesetzten: Das Land nahm gut 16 Mill. DM weniger ein als es veranschlagt hatte. Während der Landesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern — er beläuft sich auf 89 % der Steuereinnahmen des Landes — um 9,1 % gegenüber 1979 anstieg, gingen die Einnahmen aus Landessteuern um 2,2 % zurück. Hier wirkten sich die Minder-einnahmen bei der gewichtigsten Landessteuer, der Kraftfahrzeugsteuer (— 10,8 %) aus, die auf die Umstellung auf Jahreszahlung im Jahre 1979 zurückzuführen sind.

Die **Steuereinnahmen** des Bundes aus gemeinschaftlichen und Bundessteuern erhöhten sich 1980 um 219 Mill. DM oder 5,1 % auf 4,5 Mrd. DM. Die Einnahmen sind nicht so kräftig wie die des Landes gestiegen, da die Bundessteuern um 9,7 % zurückgegangen sind.

Personal der öffentlichen Verwaltung

Am 30.6.1980 waren 50 420 Personen im unmittelbaren Dienst der Landesverwaltung hauptberuflich vollbeschäftigt. Im Vergleich zu 1979 bedeutet dies einen Zuwachs von 666 Mitarbeitern oder 1,3 %. Der Personalstand der Landesverwaltung hat sich also nur unwesentlich erhöht und die Zuwachsrate liegt deutlich unter der des Vorjahres (4,2 %). Zugenommen hat allein die Zahl der Beamten und Richter, und zwar um 1 086 oder 3,1 %. Die Einstellungen verteilen sich auf fast alle Aufgabenbereiche, nur der Schulbereich ragt etwas heraus. Die Zahl der Angestellten hat dagegen um 164 oder 1,4 % und die der Arbeiter um 256 oder 8 % abgenommen. Die Struktur der Dienstverhältnisse in der Landesverwaltung hat sich dadurch etwas zu den Beamten hin verschoben. Sie stellten jetzt 71 % statt zuvor 70 % aller Vollbeschäftigten.

Der Personalbestand der hauptberuflich Vollbeschäftigten belief sich in den Kreis-, Amts- und Gemeindeverwaltungen am 30.6.1980 auf 26 871. Gegenüber 1979 sind das 741 oder 2,8 % mehr Mitarbeiter. Die Zunahme tritt bei allen Dienstverhältnissen auf.

Vollbeschäftigte am 30. 6.	1979	1980	Veränderung in %
Personal der Landesverwaltung¹			
Beamte und Richter	34 673	35 759	+ 3,1
Angestellte	11 883	11 719	- 1,4
Arbeiter	3 198	2 942	- 8,0
Insgesamt	49 754	50 420	+ 1,3
Personal der Gemeindeverwaltung¹			
Beamte	5 042	5 252	+ 4,2
Angestellte	13 683	14 113	+ 3,1
Arbeiter	7 405	7 506	+ 1,4
Insgesamt	26 130	26 871	+ 2,8

1) ohne Krankenhäuser

Am größten war sie unter den Angestellten (+ 430) und am niedrigsten unter den Arbeitern (+ 101). Die Angestellten sind mit gut der Hälfte am zahlreichsten unter den Vollbeschäftigten der Kommunalverwaltungen vertreten.

Verbraucherpreise

Für Schleswig-Holstein wird kein gesonderter Preisindex der Lebenshaltung berechnet. Die ermittelten Veränderungen von Einzelpreisen der Lebenshaltung gehen als ein Bestandteil in die für das Bundesgebiet errechneten Preisindizes der Lebenshaltung ein. Im Laufe des Jahres 1980 hat sich der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte im Bundesgebiet um 5,5 % erhöht.

Unterdurchschnittliche Preissteigerungsraten wurden bei den meisten Gütern aus der Gruppe der Fleischwaren beobachtet. Im Jahresvergleich ist frisches Fleisch zwar um etwa 3 % teurer geworden, mittelfristig (gegenüber 1976) haben sich die Preise jedoch kaum verändert, was angesichts der Preisabschläge bei Schweinen auf den Schlachtviehmärkten der letzten Jahre nicht verwundern kann.

Fischprodukte, insbesondere höherwertiger Qualität, mußten teurer bezahlt werden, worin nicht zuletzt Be-

schränkungen der Fangrechte und gestiegene Energiekosten ihren Niederschlag finden. Deutlich gestiegen sind die Verbraucherpreise für Brot und Backwaren (5,9 %), vor allem für Brötchen; letztere wurden seit 1976 in Schleswig-Holstein um über 30 % teurer. Ein Zusammenhang zu den Erzeugerpreisen für Brotgetreide ist hier kaum noch zu erkennen.

Sehr unterschiedlich ist in jedem Jahr das Preisgefüge bei Frischgemüse. Frischgemüse insgesamt verteuerte sich um über 7 %. Wie sich die einzelnen Preisänderungen jedoch auf das Budget der Konsumenten ausgewirkt haben, hängt von den jeweiligen Verbrauchsgewohnheiten ab. Frischobst mußte die Hausfrau durchweg — abgesehen von Apfelsinen — erheblich (fast 11 %) teurer einkaufen als 1979. Der Preis für Bohnenkaffee stieg im Jahresdurchschnitt um 5,4 %. Die Preiserhöhungen wurden in der ersten Jahreshälfte durchgesetzt und in der zweiten wieder leicht nach unten korrigiert.

Die verschiedenen Textilwaren verteuerten sich zwar unterschiedlich, doch lagen ihre Preissteigerungsraten im Bundesgebiet überwiegend unter dem Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung. Schuhe, ihre Reparatur und sonstiges Zubehör verteuerten sich allerdings um über 10 %.

Wohnungsmieten, in den meisten Budgets ein herausragender Ausgabeposten, wurden etwa entsprechend der Inflationsrate angehoben. Preise für Energie, abgesehen von Elektrizität, stiegen dagegen weit überdurchschnittlich. Mögen diese Preissteigerungen volkswirtschaftlich aus Gründen des Energieeinsparens auch als notwendig toleriert werden, so bleiben sie aus der Sicht der Konsumenten ein Ärgernis, das vielfach eine Umstrukturierung der Ausgaben erzwingt.

Erhebliche Preissteigerungen waren auch in der Möbelbranche festzustellen (8,1 %); die Steigerungen zu den vorjährigen Durchschnittswerten waren fast so hoch wie in den drei Jahren 1976 — 1979 zusammengekommen. Die Preissteigerungen für hochwertige Elektrogeräte blieben unter der allgemeinen Inflationsrate. Bei diesen Gütern wurde ein Produktivitäts-

fortschritt, begünstigt durch starken Wettbewerb, über den Preis an die Verbraucher weitergegeben. Gleiches gilt in noch stärkerem Maße für Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte, die gegenüber dem Vorjahr und dem mittelfristigen Trend deutlich billiger geworden sind.

Autofahren erforderte im Laufe des Jahres erheblich höhere Aufwendungen. Nicht nur, daß die Abgabepreise für Benzin und Dieselkraftstoff gegenüber den Durchschnittswerten des Vorjahres gut 17 % heraufgesetzt wurden, sondern auch sonstige Waren und Dienstleistungen für eigene Kraftfahrzeuge verteuerten sich im Durchschnitt um über 7 %. Für die Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern mußte ebenfalls mehr aufgewendet werden (4,1 %). Verkehrsleistungen örtlicher Verkehrsmittel und der Bundesbahn kosteten um 4,2 % und 5,9 % mehr. Das Vergnügen einer Urlaubs- oder Gesellschaftsreise verteuerte sich um fast 9 % gegenüber dem Jahr 1979. Erfreulich war für viele Haushalte die Senkung der Fernspreckgebühren, auf die im Durchschnitt fast 1,5 % der Verbrauchsausgaben entfielen.

Arbeit und Verdienst

Für eine Erörterung der während eines Jahres geleisteten Arbeit und der regelmäßig empfangenen Verdienste eignen sich von den für Januar, April, Juli und Oktober ermittelten durchschnittlichen Verdiensten am besten die Oktoberwerte. Einmal sind bis zu diesem Erhebungsmonat alle Tarifverträge abgeschlossen, zum anderen wird die Beschäftigung weder durch extreme Witterungsverhältnisse noch Urlaub nachhaltig beeinträchtigt. Angaben über die 1980 insgesamt empfangenen Verdienste, in die vor allem noch zusätzlich gezahlte Prämien, Urlaubsgeld und Gewinnbeteiligungen eingehen, können erst später gemacht werden.

Arbeitszeiten

1980 waren drei Betriebe der Deutschen Bundespost von Streiks betroffen, wodurch bei einer Teilnahme von 349 Arbeitnehmern ein Verlust von 1 028 Arbeitstagen entstand. Zu Aussperrungen kam es, wie auch im Vorjahr, in Schleswig-Holstein nicht.

Die den Arbeitern bezahlten Stunden pro Woche haben sich in fast allen Wirtschaftsbereichen verringert. In der Industrie einschließlich Bau gingen sie um 2 % auf 41,9 Stunden, im Hoch- und Tiefbau um gut 3 % auf 40,9 Stunden zurück. Dieser Stundenabbau ist vornehmlich auf die abgeschwächte Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1980 zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich nach der Haupturlaubszeit deutlich erkennbar abgeschwächt. Die Überstunden in der Industrie einschließlich Bau wurden um fast 18 % abgebaut, im Hoch- und Tiefbau sogar um fast 40 %.

Bruttoverdienste der Arbeiter

Die Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter — unabhängig von der Leistungsgruppe — sind in Jahresfrist in der Industrie einschließlich Bau um 6,7 % auf 14,64 DM angestiegen, im Hoch- und Tiefbau war die Steigerungsrate noch ein halbes Prozent höher. Frauen verdienten in der Industrie 10,15 DM. Dies

waren 7,3 % mehr als im Vorjahr. Bei diesem mittleren Verdienst ist zu beachten, daß überdurchschnittlich viele Frauen in die gering bezahlte Leistungsgruppe 3 eingestuft sind. Die gegenüber den männlichen Kollegen stärkere Erhöhung muß vor dem Hintergrund der nur schwachen Lohnsteuerung bei Frauen im Vorjahr gesehen werden (Frauen + 4,5 %; Männer + 6,4 %); gegenüber Oktober 1978 haben die Männer immer noch einen Lohnsteigerungsvorsprung.

Der durchschnittliche Wochenlohn betrug im Oktober für Arbeiter in der Industrie ohne Bau 612 DM und für Industriearbeiterinnen 405 DM. Infolge des Arbeitszeitrückganges lagen die Steigerungsraten bei den Wochenlöhnen (Industriearbeiter + 4,8 %; Industriearbeiterinnen + 6,0 %) deutlich unter denen der Stundenlöhne. Im Hoch- und Tiefbau erhöhten sich die Wochenverdienste wegen des Überstundenabbaus lediglich um 3,7 % auf 639 DM. Die stärkere Wochenlohnsteigerung der Frauen folgt aus der größeren Stundenlohnsteigerung sowie einer geringeren Arbeitszeitminderung gegenüber den männlichen Kollegen.

Bruttoverdienste der Angestellten

Im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau, Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe) erhöhte sich der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Männer um fast 7 % auf 3 244 DM und der der Frauen um annähernd 8 % auf 2 082 DM. Gut 60 % der erfaßten Angestellten waren Männer, von denen wiederum 31 % in die Leistungsgruppe II, 52 %

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau im Oktober 1980

	Leistungsgruppe			Alle Arbei- ter	Verän- derung gegen- über Okt. 1979 in %
	1	2	3		
	DM Stunden				
<hr/>					
Bruttowochenverdienste					
Männer	656	566	510	620	+ 4,5
Frauen	444	427	388	405	+ 6,0
Bruttostundenverdienste					
Männer	15,44	13,42	12,19	14,64	+ 6,7
Frauen	11,52	10,65	9,72	10,15	+ 7,3
Bezahlte Wochenstunden					
Männer	42,4	42,2	41,9	42,3	— 2,1
Frauen	38,6	40,1	39,9	39,9	— 1,2
Mehrarbeitsstunden (in den Wochenstunden enthalten)					
Männer	2,6	2,6	2,5	2,6	— 21,2
Frauen	0,6	0,7	0,7	0,7	— 12,5

in III, 15 % in IV, 2 % in V eingestuft waren. Von den Frauen wurden 6 % nach Leistungsgruppe II, 34 % nach III, 54 % nach IV, 6 % nach V entlohnt. Neben der Eingruppierung sind vor allem noch die Länge der Arbeitszeit, Dauer der Betriebszugehörigkeit, verschiedene Zuschläge, das Alter des Angestellten sowie der Wirtschaftszweig wichtige Bestimmungsgrößen für die Festsetzung des individuellen Lohnes.

Beteiligte Autoren:

Walter Dahms, Karlheinz König, Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

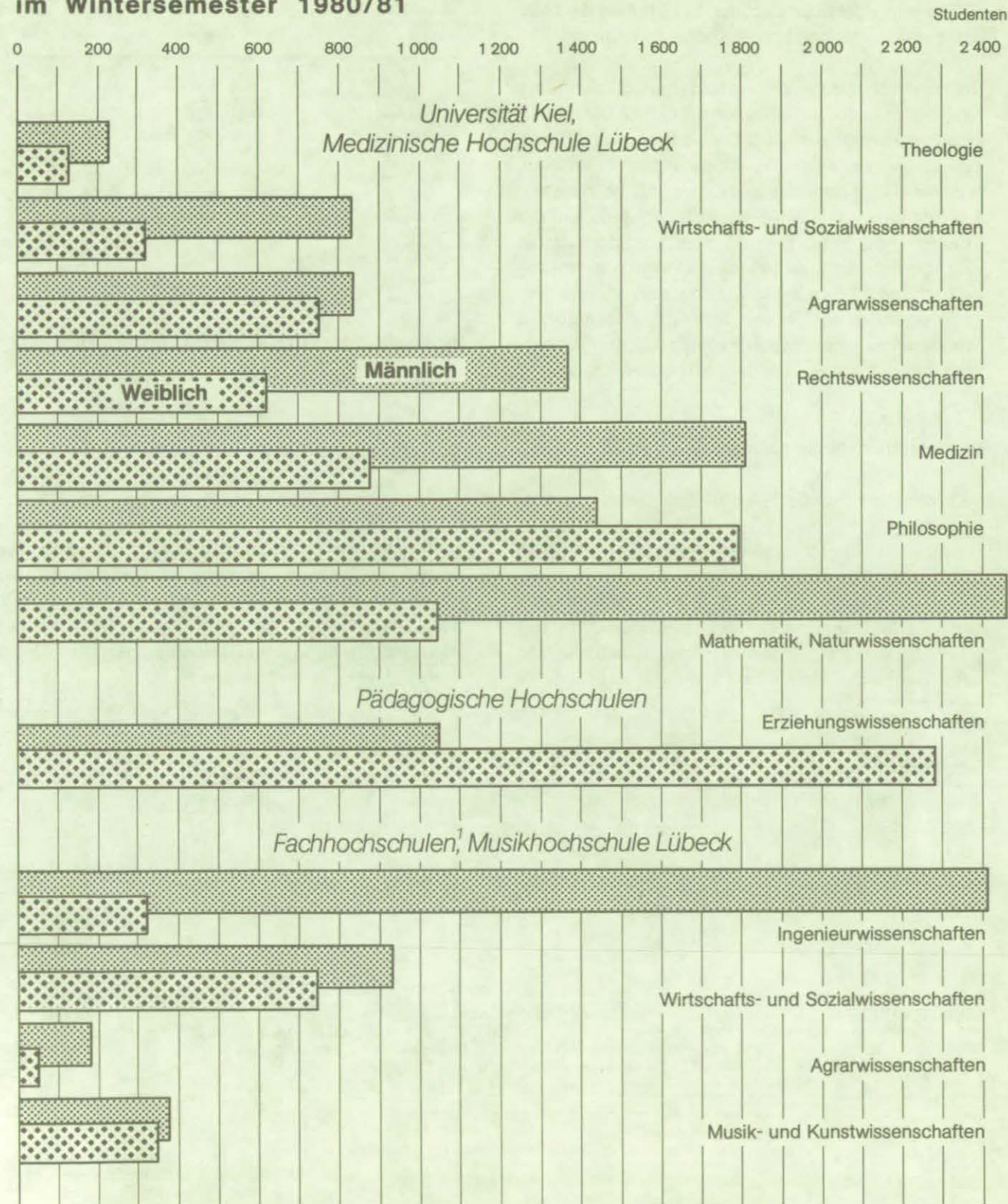
ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.
p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.
Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Studenten in Schleswig-Holstein

D 5185

Studenten nach Hochschulart, Fächergruppe und Geschlecht im Wintersemester 1980/81

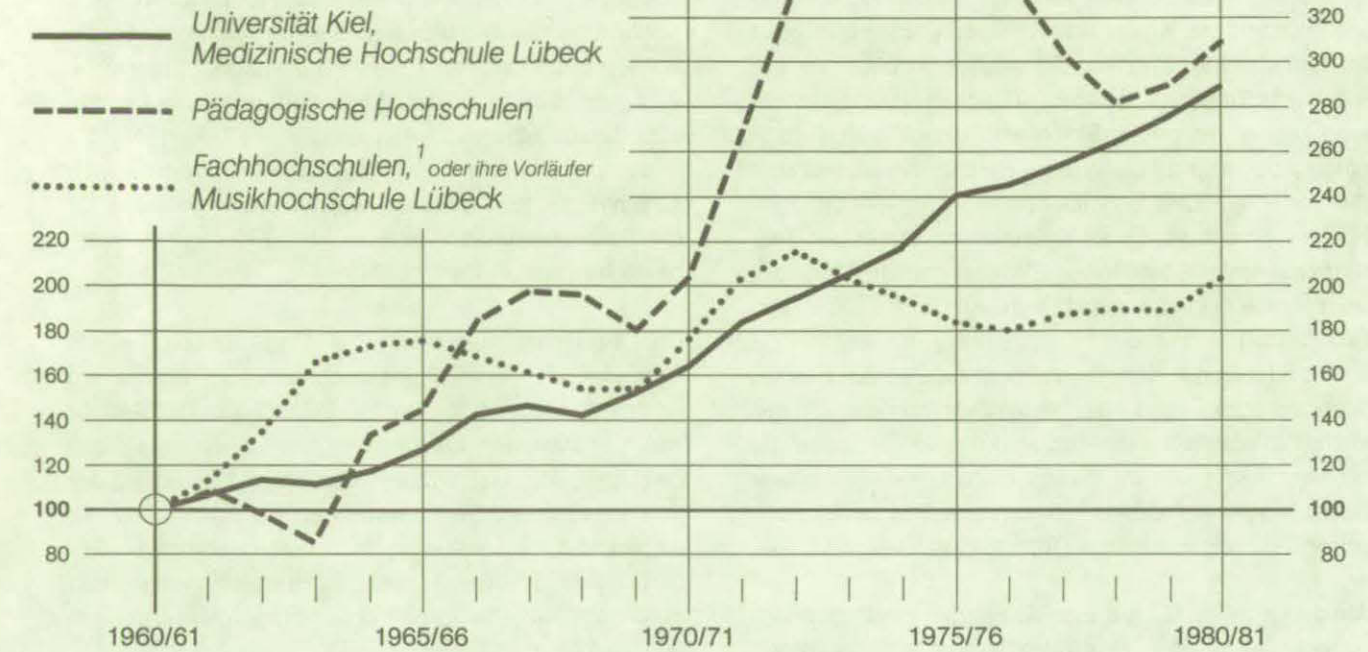


1) ohne Verwaltungsfachhochschule Altenholz

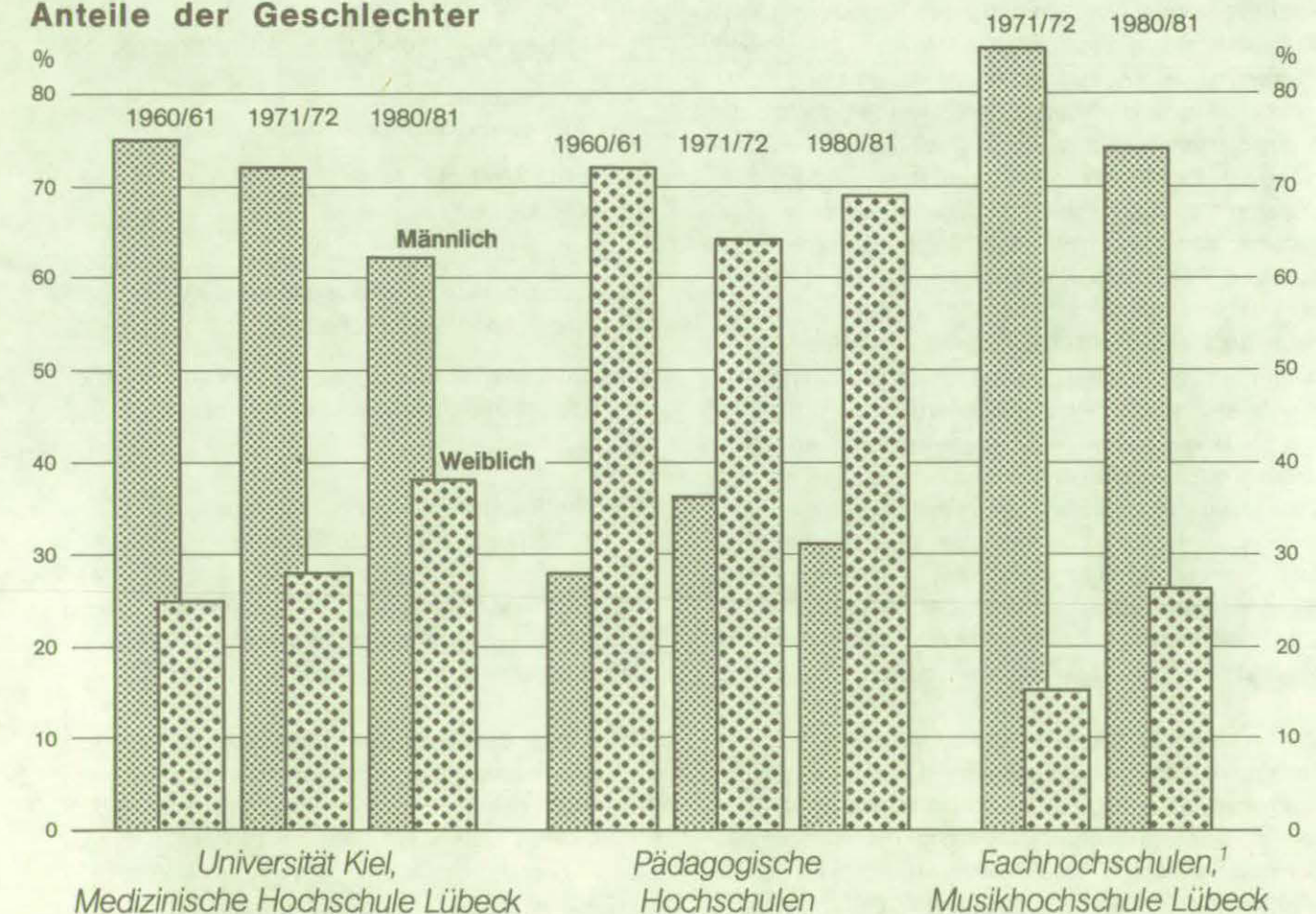
GRAFIK DES MONATS APRIL 1981

Studenten nach der Hochschulart Wintersemester 1960/61 bis 1980/81

jede Hochschulart: WS 1960/61 $\hat{=}$ 100



Anteile der Geschlechter



Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1978

Die Wirtschaftsministerien und Planungsinstanzen der Länder und des Bundes, wirtschaftswissenschaftliche Institute und die Kreise selbst zeigen großes Interesse an statistischen Werten, die Aussagen über die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Entwicklung kleiner regionaler Einheiten ermöglichen. Regionalangaben kommt besondere Bedeutung zu, weil sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht gleichmäßig im Raum vollzieht. Sie hängt vielmehr von der in den Teilräumen unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur ab, oder anders ausgedrückt, von Art und Dichte der Arbeitsstätten. Für die Beschreibung der wirtschaftlichen Situation in den Kreisen sind zur Zeit das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche die einzigen komplexen Leistungsgrößen. Damit kommt diesen Daten eine besondere Bedeutung als Indikator der regionalen wirtschaftlichen Leistungskraft sowie ihrer Entwicklung zu.

Ausgangsgröße für die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche für die Kreise sind die entsprechenden Werte des Landes, die im Stadium der Entstehung ermittelt worden sind. Eine originäre Berechnung von Kreiswerten über Bruttoproduktionswert und Vorleistungen ist wegen unzureichender Materialbasis nicht möglich. Einige statistische Daten werden nur durch Stichprobenerhebungen ermittelt, deren Auswahlatz nicht die Repräsentation für Kreise sicherstellt; bei anderen Statistiken, für die regionale Ergebnisse aufbereitet vorliegen, fehlt meistens die erforderliche fachliche Gliederung. Hinzu kommt, daß den Berechnungen das Unternehmenskonzept mit der Zuordnung nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens zugrunde liegt. Die regionale Zuordnung der Ergebnisse ist bei Einbetriebsunternehmen problemlos; bei Unternehmen mit Zweigbetrieben in anderen Kreisen oder auch in anderen Bundesländern ist die Zuordnung der wirtschaftlichen Leistung nicht immer einwandfrei möglich. Zu beachten ist, daß Veränderungen des wirtschaftlichen Schwerpunkts eines Unternehmens oder des Sitzes eines Unternehmens recht hohe Veränderungsraten in den Wirtschaftsbereichen gegenüber früheren Berichtsjahren bewirken können.

Statt kreisweiser Originärberechnung werden die zum großen Teil originär berechneten Landeswerte der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in tiefer fachlicher Gliederung mit Hilfe eines Schlüsselverfahrens auf die Kreise aufgeteilt. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß die Kreis-

werte der Schlüsselgrößen in demselben Verhältnis zueinander stehen wie die Kreiswerte der Bruttowertschöpfung, die sich bei Originärberechnung der Ergebnisse ergeben hätten. Dies wird dadurch zu erreichen versucht, daß man die Wirtschaftsbereiche in über 100 Schlüsselbereiche tief aufgliedert und damit die Bildung relativ homogener Bereiche ermöglicht. Nach Abschluß dieser Aufteilung werden die Ergebnisse für die Schlüsselbereiche kreisweise zu vier Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt.

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen — als Aggregat der Entstehungsrechnung — umfaßt die innerhalb eines abgegrenzten Wirtschaftsgebietes für einen bestimmten Zeitraum erbrachte wirtschaftliche Leistung, den Gesamtwert der erstellten Sachgüter und erbrachten Dienstleistungen. Es stellt also die wirtschaftliche Leistungskraft eines bestimmten Gebietes, hier der Kreise, dar. Das Bruttoinlandsprodukt errechnet sich entsprechend den obigen Ausführungen wie folgt:

Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche, unbereinigt

— Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

— Vorsteuerabzug auf Investitionen
(ggf. verringert um Investitionssteuer)

= Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche, bereinigt

+ Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter

= Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (einschließlich Produktionssteuern)

+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (einschließlich indirekte Steuern)

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins und seiner Kreise ist demnach die Summe aus Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben.

Wenn man das Bruttoinlandsprodukt für regionale Leistungsvergleiche heranzieht, muß beachtet werden, daß es sich hier um die Bewertung der in einer Region produzierten Güter und Dienstleistungen zu Marktpreisen handelt; dieser Wert ist nicht als Maßstab für die Beurteilung des Wohlstandes oder der Einkom-

mensverhältnisse in dieser Region geeignet. Hierfür könnte allenfalls das nach dem Inländerkonzept gewonnene Volkseinkommen, das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, herangezogen werden. Die Ermittlungen dieser Größe für Kreise scheitert aber vor allem daran, daß sich der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen den Einwohnern eines Kreises und der übrigen Welt nicht ermitteln läßt. Darüber hinaus müßten noch die Abschreibungen und der Saldo von indirekten Steuern (Produktionssteuern + Einfuhrabgaben) und Subventionen kreisweise errechnet werden, um vom Bruttowert zu Marktpreisen zum Nettowert zu Faktorkosten zu kommen. Gerade diese unterschiedliche Bewertung zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten kann den regionalen Leistungsvergleich ganz entscheidend stören, nämlich dann, wenn in einem Kreis der Bruttoproduktionswert wesentlich bestimmt wird durch die Produktion von Betrieben, deren Produkte durch indirekte Steuern wie Tabak-, Mineralöl- und Branntweinsteuer ganz erheblich belastet sind. Aus diesem Grunde sind in Schleswig-Holstein das Bruttoinlandsprodukt des Kreises Stormarn durch den außerordentlich hohen Anteil der Tabaksteuer, das des Kreises Dithmarschen durch den sehr hohen Anteil der Mineralölsteuer und das der kreisfreien Stadt Flensburg durch den sehr hohen Anteil der Branntweinsteuer vergleichsweise stark überhöht. Trotz dieser Nachteile gibt aber das Bruttoinlandsprodukt doch einen Anhaltspunkt für die Wirtschaftskraft und zeigt insbesondere im Zeitvergleich die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Kreisen auf.

Allerdings ist leider die Möglichkeit des Zeitvergleichs der Werte des Jahres 1978 vor allem mit denen des Jahres 1976 erheblich eingeschränkt, obwohl sich die notwendig gewordenen methodischen Änderungen und die Änderungen in der Datenbasis auf das produzierende Gewerbe beschränken. Auf den Vergleich wirkt sich störend aus, daß im produzierenden Gewerbe 1977 eine neue Systematik eingeführt und der Berichtskreis verändert wurde. Darüber hinaus wurden im Zuge dieser Veränderung vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bei der Berechnung der Länderwerte verbesserte Methoden bei der regionalen Verteilung der Bruttowertschöpfung von Mehrländerunternehmen, bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung der Mineralölverarbeitung und durch die Einbeziehung der Ergebnisse der Handwerkszählung 1977 angewendet. Von diesen Veränderungen am wenigsten betroffen sind die Berechnungen für das Jahr 1970, weil hierbei auf die Ergebnisse der Arbeitsstätten- und Volkszählung 1970 zurückgegriffen werden konnte und damit für alle Arbeitsstätten des

Landes und der Kreise Daten für die Berechnung der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche vorlagen. Einschränkend zur Qualität der Berechnungen des Jahres 1978 ist andererseits zu bemerken, daß das Ergebnis dieser Totalzählung, das in vielen Wirtschaftszweigen als Basis für die Fortschreibung dient, bereits acht Jahre zurückliegt.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen 1970 – 1978

Das Bruttoinlandsprodukt stieg in Schleswig-Holstein von 1970 bis 1978 von 23,0 Mrd. DM auf 45,7 Mrd. DM. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 9,0 % zwischen 1970 und 1978. Erheblich über dieser Steigerungsrate und an der Spitze aller Kreise liegt der Kreis Segeberg mit 11,0 %, gefolgt vom Kreis Ostholstein mit 10,0 %. Darüber hinaus können sechs weitere Kreise eine überdurchschnittliche Entwicklung nachweisen, darunter als einzige kreisfreie Stadt Flensburg. Die niedrigste durchschnittliche jährliche Zuwachsrate hat der Kreis Pinneberg mit 7,3 %. Nur wenig besser sieht es für die beiden kreisfreien Städte Lübeck und Neumünster mit einer Rate von jeweils 7,7 % aus.

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche von 1970 bis 1978

KREISFREIE STADT	Brutto- inlands- produkt	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche			
		Land- und Forstwirt- schaft	waren- produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
Kreis					
FLENSBURG	9,5	.	10,6	6,7	10,8
KIEL	8,8	.	8,7	8,1	10,0
LÜBECK	7,7	.	7,1	4,7	11,0
NEUMÜNSTER	7,7	.	7,7	8,1	8,2
Dithmarschen	9,7	4,2	12,2	8,4	9,4
Hzgt. Lauenburg	9,0	7,0	8,4	6,1	11,9
Nordfriesland	8,9	4,8	7,9	10,1	11,1
Ostholstein	10,0	7,4	10,2	10,2	10,9
Pinneberg	7,3	10,1	4,8	6,9	12,1
Plön	9,5	7,5	8,2	10,8	11,4
Rendsburg- Eckernförde	9,8	6,8	11,1	7,4	11,0
Schleswig- Flensburg	8,6	6,7	8,6	9,3	9,8
Segeberg	11,0	6,4	9,5	11,6	15,6
Steinburg	9,6	5,5	6,5	6,3	16,1
Stormarn	9,5	6,1	10,4	10,0	8,6
Schleswig- Holstein	9,0	6,0	8,6	7,9	11,0

Wenn man eine derartige Rangfolge der Kreise nach den Zuwachsraten aufstellt, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Ausgangsniveau dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Dies verdeutlicht folgendes Beispiel: eine zehnprozentige Steigerung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 1970 bedeutet in der kreisfreien Stadt Kiel einen Wertzuwachs an erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen von 318 Mill. DM, im Kreis Plön dagegen nur einen von 64 Mill. DM.

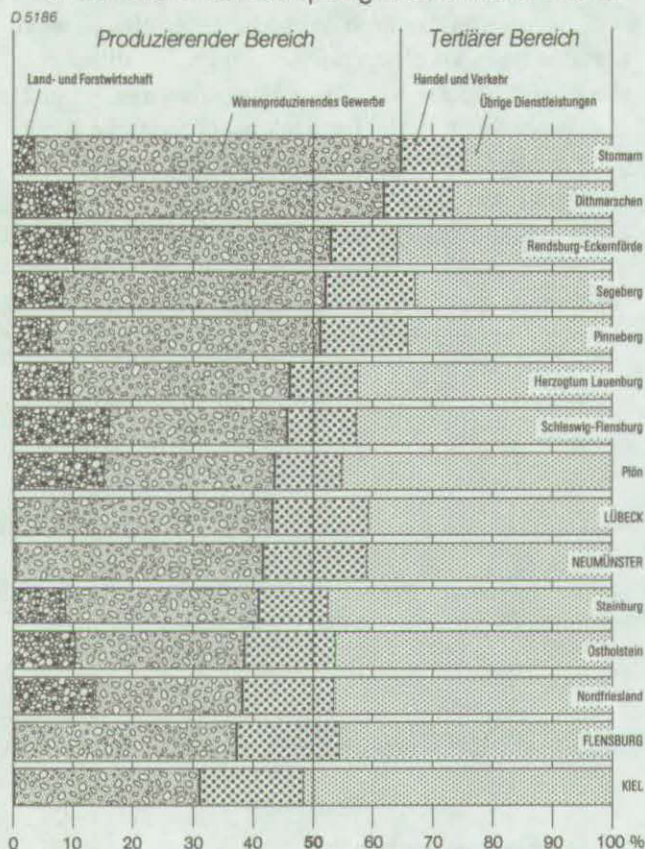
So ist die hohe Wachstumsrate des Kreises Segeberg mit durch das 1970 noch relativ niedrige Niveau des Bruttoinlandsprodukts begründet. Entscheidend war hier aber, daß die durch den Zusammenschluß von vier Gemeinden neu gegründete Stadt Norderstedt am 1. Januar 1970 dem Kreis Segeberg zugeordnet und dadurch die unmittelbare wirtschaftliche und verkehrsmäßige Verknüpfung des Kreises mit Hamburg hergestellt wurde. Daraus entwickelte sich eine erheblich über dem Landesdurchschnitt liegende Zunahme der Wohnbevölkerung in diesem Randkreis Hamburgs; von 1970 bis 1978 erhöhte sich die mittlere Jahresbevölkerung im Kreis Segeberg um 37 700 oder 22,9 %, während im gesamten Land nur ein Anstieg um 3,8 % zu verzeichnen war. Allein in dieser Tatsache liegt eine Begründung für eine überdurchschnittliche Entwicklung, wenn man nur an die zusätzliche Nachfrage dieser Personen denkt. Hinzu kommt, daß der Kreis Segeberg einer von nur fünf schleswig-holsteinischen Kreisen ist, in denen der Anteil des produzierenden Bereichs an der Bruttowertschöpfung über 50 % liegt. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes (44 %) nicht durch Produktionssteuern wie Tabak-, Mineralöl- oder Branntweinsteuer belastet ist.

Ganz im Gegensatz dazu ist die Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes in den Kreisen Stormarn und Dithmarschen mit den oben genannten besonderen Produktionssteuern überdurchschnittlich belastet. So ist im Kreis Stormarn in dieser Bruttowertschöpfung zu einem ganz erheblichen Anteil Tabaksteuer enthalten. Entsprechend sind hier die Gewichte der übrigen Wirtschaftsbereiche betroffen. Auch erheblich, aber bei weitem nicht so gravierend wie im Kreis Stormarn, ist im Kreis Dithmarschen die Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes durch die Mineralölsteuer überhöht dargestellt. Der hohe Anteil und die positive Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe ist hier aber auch auf die Maßnahmen der Landesregierung zur Industrieansiedlung im Raum Brunsbüttel zurückzuführen. Immerhin lag die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des warenproduzierenden Gewerbes im Zeitraum 1970 bis

Bruttoinlandsprodukt und Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung

KREISFREIE STADT	Brutto- inlands- produkt	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche			
Kreis		Land- und Forstwirt- schaft	waren- produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistun- gen
	Mill.DM			in %	
FLENSBURG					
1970	1 168	0,5	35,0	21,8	42,6
1978	2 423	0,2	36,9	17,3	45,5
KIEL					
1970	3 179	1,6	31,8	18,7	47,9
1978	6 225	0,2	31,1	17,4	51,4
LÜBECK					
1970	2 693	1,1	45,5	20,8	32,6
1978	4 886	0,6	42,6	16,2	40,6
NEUMÜNSTER					
1970	924	1,1	41,5	17,3	40,1
1978	1 672	0,6	40,9	17,5	40,9
Dithmarschen					
1970	1 273	16,2	43,4	13,1	27,3
1978	2 673	10,5	51,3	11,8	26,4
Hzgt. Lauenburg					
1970	962	11,5	39,0	14,3	35,2
1978	1 913	9,7	36,5	11,3	42,5
Nordfriesland					
1970	1 330	19,1	26,5	14,4	40,1
1978	2 629	13,9	24,2	15,5	46,4
Ostholstein					
1970	1 214	12,7	28,1	15,2	44,1
1978	2 594	10,3	28,1	15,2	46,4
Pinneberg					
1970	2 382	5,2	55,1	15,4	24,3
1978	4 172	6,3	44,9	14,8	34,0
Plön					
1970	643	17,8	31,8	10,5	39,9
1978	1 329	15,1	28,5	11,3	45,1
Rendsburg-Eckernförde					
1970	1 720	13,8	38,8	14,0	33,4
1978	3 633	10,8	41,9	11,5	35,8
Schleswig-Flensburg					
1970	1 352	18,9	30,0	11,3	39,7
1978	2 611	16,2	29,5	11,7	42,6
Segeberg					
1970	1 293	11,6	49,7	14,6	24,2
1978	2 970	8,2	43,9	15,0	33,0
Steinburg					
1970	1 143	12,4	41,4	15,6	30,5
1978	2 388	8,9	32,0	11,8	47,2
Stormarn					
1970	1 753	4,8	57,7	10,4	27,1
1978	3 626	3,7	60,8	10,6	24,9
Schleswig-Holstein					
1970	23 027	8,4	40,7	15,7	35,2
1978	45 743	6,6	39,0	14,3	40,1

Anteile des produzierenden und des tertiären Bereichs an der Bruttowertschöpfung in den Kreisen 1978



1978 im Kreis Dithmarschen mit 12,2 % erheblich über der landesdurchschnittlichen Rate von 8,6 %. Auch in diesem Kreis ist bei den Gewichten der übrigen Wirtschaftsbereiche die Dominanz der Mineralöl-industrie zu berücksichtigen. Deshalb sei hier zusätzlich erläuternd darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für diesen Kreis und im Vergleich zum Landesdurchschnitt größer ist als es der Anteil von 11 % auszudrücken vermag.

Die beiden noch nicht erwähnten Kreise, in denen die Bruttowertschöpfung des produzierenden Sektors mehr als 50 % ausmacht, sind Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg. Die Entwicklung verlief in diesen Kreisen aber recht unterschiedlich. Maßgeblich beteiligt an dieser unterschiedlichen Entwicklung war das warenproduzierende Gewerbe. Während sich dieser Wirtschaftsbereich im Kreis Rendsburg-Eckernförde ganz erheblich über den Landesdurchschnitt hinaus steigerte, blieb die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate zwischen 1970 und 1978 im Kreis Pinneberg immerhin um 3,8 Punkte hinter diesem Durchschnitt zurück. Da im Kreis Pinneberg gleichzeitig die Land- und Forstwirtschaft mit ihrer Sonderbetriebsform Baumschulen expandierte und auch die übrigen Dienst-

leistungen sich überdurchschnittlich steigerten, verringerte sich der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes von 55 % im Jahre 1970 immerhin um 10 Punkte auf 45 % im Jahre 1978. Zum Wirtschaftsbereich übrige Dienstleistungen gehören neben dem Dienstleistungsgewerbe (ohne Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) noch der Staat und die privaten Haushalte und die Organisationen ohne Erwerbscharakter. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde konnte dagegen das warenproduzierende Gewerbe in dem genannten Zeitraum von acht Jahren seinen Anteil von 39 % auf 42 % erhöhen.

Von den vier kreisfreien Städten ist nur noch in Lübeck das warenproduzierende Gewerbe der bedeutendste Wirtschaftsbereich, in Neumünster ist es noch gleichgewichtig mit den übrigen Dienstleistungen. Dagegen tragen in Kiel die übrigen Dienstleistungen bereits über die Hälfte zur Bruttowertschöpfung insgesamt bei, und auch in Flensburg ist ihr Anteil mit 46 % bemerkenswert hoch. Wie bereits erwähnt, war nur in Flensburg eine über dem Landesdurchschnitt liegende gesamtwirtschaftliche Entwicklung festzustellen. Dies ist vor allem auf die überaus positive Steigerung im warenproduzierenden Gewerbe zurückzuführen, deren durchschnittliche jährliche Zuwachsrate immerhin um 2 Punkte über der des gesamten Landes lag. So ist Flensburg auch die einzige kreisfreie Stadt, die den Anteil dieses Bereichs erhöhen konnte, in Lübeck verringerte sich sein Gewicht dagegen um immerhin 2,9 Punkte.

In den Kreisen Hzt. Lauenburg und Steinburg liegt der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes zwischen 30 % und 40 %. Zum Kreis Steinburg ist erläuternd zu bemerken, daß hier ein großes Unternehmen zwischen 1970 und 1978 seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt vom verarbeitenden Gewerbe zu den Dienstleistungen verlagert hat. Dadurch vor allem erklärt sich die starke Verschiebung der Struktur; 1970 entfielen auf das warenproduzierende Gewerbe noch 41 % und auf die übrigen Dienstleistungen 31 %, 1978 waren es dagegen nur noch 32 % vom warenproduzierenden Gewerbe und immerhin 47 % von den übrigen Dienstleistungen. Der Beitrag des Wirtschaftsbereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist in beiden Kreisen gleich gewichtig.

Dagegen beläuft sich der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes in den übrigen vier Kreisen Nordfriesland, Ostholstein, Plön und Schleswig-Flensburg auf nicht einmal 30 %. Den niedrigsten Anteil weist Nordfriesland mit 24 % aus. Andererseits ist die Wirtschaftsstruktur der Kreise Schleswig-Flensburg und

Plön stark geprägt durch die Land- und Forstwirtschaft. Dadurch kommt der gesamte produzierende Bereich auf Anteile von 46 % und 44 %. Aber auch in Nordfriesland ist die Land- und Forstwirtschaft mit einem Beitrag von 14 % an der Bruttowertschöpfung von besonders großem Gewicht, wenn man bedenkt, daß der landesdurchschnittliche Anteil sich nur auf knapp 7 % beläuft. Von 1970 bis 1978 ist der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs im Land von 8,4 % auf 6,6 % zurückgegangen. In den einzelnen Kreisen ist diese Tendenz zum Teil noch wesentlich gravierender. Hierbei ist u. a. zu berücksichtigen, daß durch die Bewertung zu Marktpreisen die in den Wirtschaftsbereichen unterschiedlichen Preisentwicklungen zum Tragen

kommen. Da die Preise im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft durchschnittlich weniger gestiegen sind als in den anderen Wirtschaftsbereichen, wirkt sich das beim Vergleich der Anteile im Zeitablauf entsprechend negativ aus. So ist beispielsweise — auch aus dieser Sicht — der bereits erwähnte starke Rückgang des Anteils der Land- und Forstwirtschaft in Dithmarschen von 16,2 % im Jahre 1970 auf 10,5 % im Jahre 1978 entsprechend zu kommentieren; weiß man doch, daß insbesondere in der Mineralölindustrie die Preise galoppierten, was sich vornehmlich im warenproduzierenden Gewerbe auswirkt.

Peter Möller

Ausgewählte Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1978

Ergebnisse der Wohnungsstichprobe vom April 1978 sind in dieser Zeitschrift bereits dargestellt worden¹. Dabei ist ausführlich auch auf die Methode und vor allem auf deren Grenzen eingegangen worden. In diesem Aufsatz sollen einige damals nicht oder nur kurz angesprochene Themen aufgegriffen werden, zu denen die Wohnungsstichprobe einen Beitrag leisten kann.

1) Die Wohnverhältnisse im April 1978, Heft 5/1980

Sozialer Wohnungsbau

Über den laufenden Zugang an öffentlich geförderten Wohnungen werden detaillierte Statistiken geführt; der Gesamtbestand an Sozialwohnungen ist demgegenüber nur unregelmäßig und in größeren Zeitabständen Gegenstand der amtlichen Statistik. Da die für 1981 geplante Gebäude- und Wohnungszählung, die auch hierfür eine Bestandsaufnahme gebracht hätte, auf unbestimmte Zeit verschoben ist, kommt den Angaben der Wohnungsstichprobe besondere Bedeutung zu.

Bewohnte Wohnungen in nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden nach Gebäudeart, Wohnungsart und Belegung

Gebäudeart/Wohnungsart	Wohnungen insgesamt in 1 000	Davon		Belegung je Wohnung	
		Miet-	Eigentümer-	Miet-	Eigentümer-
		wohnungen	wohnungen	wohnungen	wohnungen
		%		Personen	
Wohnungen insgesamt	858	58,4	41,6	2,2	2,9
darunter in nach 1948 errichteten Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen	309	90,0	10,0	2,2	2,6
Öffentlich geförderte Wohnungen	204	70,3	29,7	2,4	3,4
darunter in Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen	144	90,1	9,9	2,4	2,8

In die Stichprobenauswahl gelangten 2 042 bewohnte Wohnungen, die mit Mitteln des traditionellen 1. Förderungsweges öffentlich gefördert worden sind. Die Zahl der in Schleswig-Holstein vorhandenen Sozialwohnungen darf wegen der bereits beschriebenen Ungenauigkeiten einer solchen Stichprobe nicht exakter als mit etwa 200 000 angegeben werden. In der obigen wie auch in den folgenden Tabellen stehen nur deshalb genauere Absolutzahlen, weil sie als Bezugsgröße zur Berechnung von Anteilen dienen.

Der Sozialwohnungsbau als Instrument der Wohnungsbaupolitik ist nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt worden. Er hatte zunächst die vordringliche Aufgabe, für breite Bevölkerungsschichten in den zerstörten Städten schnell Wohnraum zu schaffen. Heute ist die öffentliche Förderung mehr durch Eigentumsmaßnahmen geprägt, die insbesondere bestimmten Bevölkerungsgruppen zugute kommen sollen. Die Diskussion um eine abermalige Neuorientierung zugunsten des öffentlich geförderten Baus von Mietwohnungen ist zur Zeit in vollem Gange.

Sozialwohnungen waren 1978 laut Stichprobe 24 % aller Wohnungen in nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden. Sieben Zehntel der Sozialwohnungen waren im Mietwohnungsbau entstanden. Aus den genannten Gründen ist allerdings an den nach 1972 gebauten Sozialwohnungen der Anteil der Eigentümerwohnungen mit 58 % deutlich höher als an den bis 1964 errichteten (20 %). Die Gliederung der Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau nach dem Baualter zeigt sehr deutlich, daß in den siebziger Jahren weitaus weniger Wohnungen entstanden waren als in den zwei Jahrzehnten vorher: 63 % der 1978 verfügbaren Sozialwohnungen stammen aus der Zeit vor 1965, weitere 27 % gehören den Baujahren 1965 bis 1971 an, aber nur 10 % den Baujahren 1972 bis 1978.

Die Bedeutung des Sozialwohnungsbaus in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten kommt in diesen Zahlen noch nicht einmal genügend zum Ausdruck, weil in nicht unbeträchtlichem, aber aus der Wohnungsstichprobe nicht erkennbarem Ausmaß einstmals im sozialen Wohnungsbau errichtete Wohneinheiten durch vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Mittel aus der Mietpreisbindung herausgewachsen waren und 1978 nicht mehr als Sozialwohnung galten. Die Zahl der 1978 im Lande verfügbaren Sozialmietwohnungen dürfte etwa 140 000 betragen haben. In mehrgeschossigen Wohngebäuden war immerhin fast jede zweite Mietwohnung eine Sozialwohnung (47 %).

Von den Sozialwohnungen, zu denen verwendbare Angaben über die Miete gemacht wurden, hatte nicht ganz ein Viertel im April 1978 eine durchschnittliche qm-Miete von weniger als 4 DM, ein Drittel zwischen 4 und 5 DM. Ein weiteres Drittel kostete von 5 bis zu 6 DM je Monat und qm. Zur Miete rechneten Beträge für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr usw., nicht aber Umlagen für Zentralheizung und Warmwasserversorgung. Die durchschnittliche Fläche je Sozialwohnung mit Mietangabe (nur Wohnungen mit Küche) betrug 58 qm, und zwar einschließlich Küche, Bad, Flur, Mansarde und anrechenbarer Balkonfläche. Die frei finanzierten Mietwohnungen aus derselben Bauzeit hatten eine um 5 qm größere Durchschnittsfläche. Dennoch war 1978 die durchschnittliche Belegung der Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau mit rechnerisch 2,4 Personen etwas höher als bei den frei finanzierten (2,3 Personen je Wohnung).

Die Angaben über Fläche und Miete der Sozialwohnungen sind je nach Baualter allerdings recht unterschiedlich, weil, wie auch bei den frei finanzierten, die Einheiten dem steigenden Wohnkomfort entsprechend mit späterem Baujahr größer wurden, und weil wegen der genannten Wandlung in den Zielgruppen die jüngeren Sozialwohnungen insbesondere größeren Familien zugute kamen. Die nach 1974 mit öffentlicher Förderung entstandenen Mietwohnungen waren mit 76 qm im Mittel deutlich größer als die bis 1964 gebauten (55 qm).

Je qm waren im April 1978 für die bis 1964 errichteten Sozialwohnungen 4,69 DM Miete zu zahlen, für die von 1965 bis 1971 entstandenen waren es 5,01 DM, für die von 1972 bis 1974 5,63 DM. Für die 1975 und später gebauten Sozialwohnungen betrug die qm-Miete 5,39 DM. Zum Vergleich: Für die freien Mietwohnungen der Baujahre 1949 bis 1964 waren 5,32 DM je qm zu entrichten, für die von 1965 bis 1971 gebauten 5,51 DM, für die von 1972 bis 1974 entstandenen 6,55 DM. Die noch jüngeren nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen kosteten nur 4,95 DM je qm. Die letztgenannte Zahl beruht allerdings auf nur 69 Stichprobenfällen, weil der nicht öffentlich geförderte Mietwohnungsbau in dieser Zeitspanne fast völlig zum Erliegen gekommen war.

Umzugsgründe

Jeder dritte Haushalt war in den sechs Jahren von 1972 bis April 1978 mindestens einmal umgezogen. Die Umzugshäufigkeit steigt mit zunehmendem Einkommen: Von den Haushalten mit einem monatlichen

Wohnungsinhaberhaushalte im April 1978, die seit 1972 umgezogen waren, nach dem Umzugsgrund

Haushaltstyp	Wohnungs- inhaber- Haushalte ¹ mit Umzug insgesamt	Meistgenannte Umzugsgründe ²					
		Wechsel der Arbeits- stätte ³	Mieterhöhung oder Kündigung ⁴	Veränderung der Haushalts- größe	Wohnungs- größe genügte nicht den Ansprüchen	Wohnungs- ausstattung	Streben nach Eigentum
	1 000			% von Spalte 1			
<hr/>							
Haushalte insgesamt	301	16	9	25	22	7	18
Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von							
unter 1 200 DM	55	6	13	27	13	10	4
1 200 bis unter 2 000 DM	89	14	9	28	26	8	11
2 000 " " 3 000 DM	87	20	9	26	25	5	21
über 3 000 DM	59	20	6	20	21	3	36
Haushalte mit							
erwerbstätigem Haushaltsvorstand	220	20	8	26	25	5	22
darunter mit Pkw	177	21	7	26	25	5	26
Haushalte mit nicht							
erwerbstätigem Haushaltsvorstand	82	4	11	23	13	11	6

1) ohne solche in Zweit- und Freizeitwohnungen 2) Mehrfachnennungen möglich 3) oder des Ausbildungsplatzes des Hauptverdieners 4) durch den Vermieter

Nettoeinkommen im April 1978 von unter 1 200 DM waren nur 27 % umgezogen, von jenen mit mehr als 3 000 DM waren es dagegen 39 %. Bei den etwa 62 % der Haushalte mit erwerbstätigem Haushaltsvorstand betrug der Wohnungswechsleranteil ebenfalls 39 %, er bringt die höhere Mobilität im Vergleich zu den übrigen Haushalten, von denen im genannten Zeitraum nur 23 % die Wohnung wechselten, zum Ausdruck.

Dennoch war auch bei den Erwerbstätigenhaushalten der Wechsel der Arbeitsstätte nur in jedem fünften Fall ein Umzugsgrund. Häufiger genannte Gründe waren eine Veränderung der Haushaltsgröße und das Streben nach Eigentum, das bei den Haushalten mit mehr als 3 000 DM monatlichem Nettoeinkommen sogar zu 36 % Umzugsmotivation war. Der Wunsch nach einer größeren Wohnung veranlaßte in 22 %, bei den Erwerbstätigenhaushalten sogar in 25 % der Fälle zum Umzug. Mieterhöhung oder Kündigung dagegen waren noch nicht einmal für jeden zehnten Umzug die Ursache; bei den Haushalten mit einem Nettoeinkommen von unter 1 200 DM kamen diese Gründe allerdings häufiger vor (13 %), meist als Kündigung durch den Vermieter (11 %).

Die hier genannten Häufigkeiten von Umzugsgründen beziehen sich auf Wohnungsinhaberhaushalte; Untermieterhaushalte sind also nicht mit einbezogen. Bei mehrmaligem Umzug galt die Fragestellung dem jeweils letzten. Fast jeder dritte Wohnungswechslerhaushalt war im genannten Zeitraum mehrmals umgezogen, von diesen wiederum reichlich ein Drittel sogar dreimal oder noch öfter.

Das Wohnumfeld

Die Wohnungsstichprobe 1978 liefert Daten und auch Werturteile für einen Bereich, für den sich die Begriffe „Wohnumwelt“ und „Wohnumfeld“ eingeführt haben und der in der Beurteilung von Wohnverhältnissen eine zunehmende Bedeutung erlangt hat. Die Wohnungsinhaberhaushalte mußten dazu ihre Wohngegend nach Kriterien bewerten, die für den Wohnwert von Bedeutung sind. Hier sollte die stark subjektiv geprägte Meinung ohne Beeinflussung durch den Interviewer ermittelt werden, wobei Auffassungsunterschiede zwischen Haushalten derselben Wohngegend zu demselben Tatbestand bewußt hingenommen wur-

Wie beurteilen Wohnungsinhaberhaushalte ihre Wohngegend hinsichtlich der Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen 1978?

Infrastruktureinrichtung	Beurteilung der Wohngegend				
	gut	mittelmäßig	sollte besser sein	unzumutbar	ohne Meinung
	%				
<hr/>					
	Haushalte insgesamt (914 500 = 100 %)				
Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz	60	16	15	5	3
Einkaufsmöglichkeiten	55	19	19	4	2
Ärztliche Versorgung	66	12	13	4	4
Grün- und Freiflächen	72	13	10	2	3
	Haushalte mit Kindern unter 6 Jahren (108 400 = 100 %)				
Kindergärten	55	11	17	5	12
Öffentliche Kinderspielflächen	34	17	30	10	8
Grün- und Freiflächen	71	12	12	2	3
	Haushalte mit Kindern von 6 bis unter 15 Jahren (273 000 = 100 %)				
Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz	56	18	19	5	2
Öffentliche Kinderspielflächen	36	16	25	9	13
Grundschulen	75	8	6	4	6
Grün- und Freiflächen	74	11	11	1	2
	Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter (257 000 = 100 %)				
Einkaufsmöglichkeiten	62	17	15	4	2
Ärztliche Versorgung	72	10	12	3	2
Grün- und Freiflächen	73	13	8	1	5

den. Gegenstand dieser Fragen war insbesondere die Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen.

Grün- und Freiflächen standen den meisten Haushalten offensichtlich in ausreichendem Maße zur Verfügung, denn fast drei Viertel von ihnen gab dazu ein gutes Urteil über die eigene Wohngegend ab. Ihre Einkaufsmöglichkeiten hielten nur 55 % der Haushalte für gut, bei den Rentnerhaushalten waren es allerdings 62 %. Auch die ärztliche Versorgung beurteilten die Rentnerhaushalte mit 72 % häufiger positiv als die Wohnungsinhaberhaushalte insgesamt (66 %).

Die Ausstattung ihrer Wohngegend mit Kindergärten betrachteten die dafür in Frage kommenden Haushalte mit Kindern unter 6 Jahren — das sind 12 % aller Wohnungsinhaberhaushalte — zu zwei Dritteln als gut oder zumindest mittelmäßig. Die Ausstattung mit öffentlichen Kinderspielflächen dagegen wurde nur von jedem dritten dieser Haushalte als gut bezeichnet, von 40 % sogar als verbesserungswürdig oder gar unzumutbar. Eine etwa gleiche Meinungsstruktur zu den Kinderspielflächen hatten auch die Haushalte mit Kindern im schulpflichtigen Alter. Die Schulkinder-

haushalte waren dagegen mit der Grundschulanbindung häufiger zufrieden: Jeder dritte dieser Haushalte empfand sie als gut.

60 % aller Wohnungsinhaberhaushalte beurteilten die Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz als gut. Dieser Anteil deckt sich etwa mit dem derjenigen Haushalte (62 %), die nach eigenen Angaben nur bis zu 5 Minuten zur nächsten Haltestelle öffentlicher Nahverkehrsmittel gehen mußten. Weitere 24 % der Haushalte hatten einen Fußweg von 6 bis 10 Minuten zur nächsten Haltestelle. Diese Gliederung der Haushalte nach der Haltestellenentfernung ist in nur geringer Veränderung auch für Haushalte mit Pkw und für Schulkinderhaushalte gültig.

Die öffentlichen Nahverkehrsmittel fahren allerdings nur für 24 % der Haushalte tagsüber alle 10 Minuten oder öfter, für weitere 34 % etwa alle 20 Minuten oder halbstündlich. Für 35 % der Haushalte gibt es nur stündlich oder nur einige Male täglich eine Bus- oder Bahnverbindung.

Bernd Struck

Kurzberichte

Studenten im Wintersemester 1980/81

Im Wintersemester 1980/81 erreichte in Schleswig-Holstein die Zahl der Studenten einen neuen Höchststand: 23 208 Immatrikulationen meldeten die Hochschulen des nördlichsten Bundeslandes. Das sind 6 % mehr als im Vorjahr, 14 % mehr als vor fünf Jahren und 61 % mehr als 1970/71. Bei diesem Zeitvergleich muß allerdings berücksichtigt werden, daß seit 1978/79 zusätzlich die Studenten der Verwaltungsfachhochschule Altenholz in die Statistik einbezogen werden.

Von den über 23 000 Studenten haben rund 3 800 (16 %) den Status eines Studienanfängers. Die Mehrzahl der Erstimmatrikulierten (54 %) sind Männer, doch signalisiert diese Geschlechterproportion des Studentennachwuchses einen weiteren Abbau des traditionellen Männerüberschusses an der Hochschule. Der Anteil männlicher Studenten an der gesamten Studentenschaft beträgt in diesem Wintersemester noch 60 %.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel haben sich 14 039 Studenten eingeschrieben. Zusammen mit den 470 Immatrikulationen an der Medizinischen Hochschule Lübeck sind damit 63 % aller Studenten in Schleswig-Holstein erfaßt. Für das Studium an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg immatrikulierten sich 3 328 Studenten (14 %), während ein Fachhochschulstudium von 5 021 Studenten (22 %) bevorzugt wird. Schließlich lassen sich noch an der Musikhochschule Lübeck 350 Studenten ausbilden.

Die Lehramtsprüfungen sind weiterhin das favorisierte Studienziel der Studenten in Schleswig-Holstein. Ein Viertel der Studentenschaft (gut 6 000 Studenten) haben sich für ein Lehrerstudium eingeschrieben, wobei die Mehrzahl von ihnen — nämlich rund 2 700 Studenten — das Lehramt für Gymnasien anstreben. Das erste Staatsexamen für Grund- und Hauptschullehrer gaben etwa 1 500 Studenten als Studienziel an, gut 1 300 Studierende lassen sich zum Realschullehrer ausbilden und knapp 500 Studenten haben vor, später an Sonderschulen zu unterrichten. Mit der Diplomprüfung wollen etwa 5 300 Immatrikulierte

(23 %) ihr Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule abschließen. Dieser akademische Titel wird vor allem in Studiengängen der Agrarwissenschaften (gut 1 100 Studenten), Wirtschaftswissenschaften (rund 800), Geowissenschaften (rund 450), Biologie und Ökotoxikologie (jeweils gut 400) angestrebt. Außer den rund 800 Studierenden an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz, die innerhalb der Fachhochschulen einen Sonderstatus einnimmt, erhalten nach erfolgreichem Studium auch die verbleibenden rund 4 200 Fachhochschulstudenten das Diplom. Ohne die bereits aufgeführten Lehramtsprüfungen beabsichtigen knapp 5 000 Studenten ebenfalls das Staatsexamen abzulegen, und zwar in Medizin (gut 2 200 Studenten), Rechtswissenschaft (fast 2 000), Zahnmedizin (rund 400) und Pharmazie (über 300). Irgendwann die Magisterprüfung zu bestehen hoffen rund 800 Studenten, während knapp 500 Immatrikulierte die Absicht haben zu promovieren. Einschließlich der kirchlichen Abschlußprüfung (rund 300 Studenten) und der Musikprüfungen (rund 260) sind damit die wichtigsten Abschlüsse eines Hochschulstudiums genannt.

Eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen 1 136 Studenten — das sind 5 % aller Studierenden in Schleswig-Holstein. Die Verteilung der deutschen Immatrikulierten nach dem ständigen Wohnsitz zeigt, daß die Hochschulen des nördlichsten Bundeslandes von Studenten aus allen Bundesländern besucht werden. Natürlich studieren aber vor allem Schleswig-Holsteiner in Flensburg, Kiel, Lübeck und den übrigen Hochschulorten Schleswig-Holsteins. Über 15 000 (69 %) der deutschen Immatrikulierten haben im Wintersemester 1980/81 auch ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein. Aus dem benachbarten Niedersachsen kommen mit rund 2 700 Studenten (12 %) die meisten „fremden“ Studenten, also deutlich mehr als aus Nordrhein-Westfalen, das mit rund 1 500 Studenten (7 %) das zweitgrößte „Importland“ für die Hochschulen in Schleswig-Holstein ist. Oft genannte Heimatländer sind auch die beiden Stadtstaaten Hamburg (3 %) und Bremen (3 %).

Karl-Friedrich Wormeck

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte B III 1.

Aus unserem Archiv

11. Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit

Erfragt wurde immer die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, nicht die innere Überzeugung. Es wurde versucht, die Ergebnisse der früheren Volkszählungen auf die Religionsstatistik 1961 umzurechnen. Ein genauer Vergleich der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung wird durch häufige Änderungen in den Systematiken der Religionsbenennungen und teilweise unzureichend aufgeklärte Veröffentlichungen erschwert. Störend wirkt sich hier vor allem das ver-

mehrte Auftreten von Sekten, der Dissidenten und Weltanschauungsgemeinschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts aus. Ihre Bezeichnungen und Zuordnung wechseln oft, 1910 wurde z.B. zwischen christlichen Dissidenten, Dissidenten und freien Dissidenten unterschieden. Zu beachten ist schließlich, daß bei den Zahlen bis 1910 - durch das damalige Zählungsprinzip der ortsanwesenden Bevölkerung - Zufälligkeiten bei kleinen Gruppen auftreten können.

Stand	Bevölkerung insgesamt	Christen			Israel- liten	Angehörige anderer Religionen	Frei- religiöse und Gemein- schaftslose ³⁾	Unbestimmt und ohne Angabe	Anteil der evang. röm.- kath. Christen in %	
		evangelische 1)	römisch- katholische	sonstige ²⁾					evang.	röm.- kath.
Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg										
1. 2. 1840	848 961	843 619	1 368	4	3 970	-	-	-	99,4	0,2
1. 2. 1845	888 750	883 298	1 453	2	3 997	-	-	-	99,4	0,2
1. 2. 1855	968 863	962 849	1 885	7	4 120	1	-	1	99,4	0,2
1. 2. 1860	1 004 473	998 527	1 947	21	3 963	-	-	15	99,4	0,2
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920										
3. 12. 1867	1 031 696	1 021 255	6 353	(666 ^a)	3 419	3	-	-	99,0	0,6
1. 12. 1880	1 127 149	1 112 604	8 897	113	3 522	26	228	1 759	98,7	0,8
1. 12. 1885	1 150 306	1 133 613	12 197	250	3 544	4	271	427	98,5	1,1
1. 12. 1890	1 219 523	1 192 861	21 794	425	3 571	42	353	477	97,8	1,8
2. 12. 1895	1 286 416	1 256 936	24 113	702	3 702	8	404	551	97,7	1,9
1. 12. 1900	1 387 968	1 351 737	30 424	1 169	3 486	358	419	375	97,4	2,2
1. 12. 1905	1 504 248	1 456 652	41 017	1 977	3 270	46	941	345	96,8	2,7
1. 12. 1910	1 621 004	1 557 304	53 513	1 598	3 343	15	4 882	349	96,1	3,3
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936										
16. 6. 1925	1 519 365	1 428 054	41 349	4 291	4 152	46	32 778	8 695	94,0	2,7
16. 6. 1933	1 589 664	(1 459 722)	47 526	(309)	3 117	78 679 ^b	-	311	(91,8)	3,0
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937										
17. 5. 1939	1 589 267	1 418 079	68 311	4 237	596	97 027 ^c	-	1 017	89,0	4,3
29. 10. 1946	2 575 204	2 266 550	171 253	-	485	(136 916)	-	-	88,0	6,7
13. 9. 1950	2 594 648	(2 282 532)	154 857	(1 716)	195	41	141 666	13 641	(88,0)	6,0
6. 6. 1961	2 317 441	2 042 921	128 888	18 406	126	511	99 756	26 833	88,2	5,6

1) Angehörige der evang. Landes- und Freikirchen, der evang.-reform. Kirchen und der evang. Brüder-Unität (1933 und 1950 auch einschl. "Angehörige christl. Sondergemeinschaften") 2) Altkatholiken, Ostkirchen und Angehörige christl. orientierter Sondergemeinschaften (1933, 1946 und 1950 ohne christl. orientierte Sondergemeinschaften; diese sind 1933 und 1950 in der Zahl der "evang. Christen", 1946 in der Zahl der "Freireligiösen" enthalten) 3) Freireligiöse, Freidenker, Angeh. völkischer, philosophischer und anderer Weltanschauungsgemeinschaften, Atheisten, Dissidenten und sonstige Konfessions- oder Religionslose a) einschl. Freireligiöse u. Dissidenten b) dar. 76 117 Gemeinschaftslose c) dar. 66 656 Gottgläubige u. 25 772 Glaubenslose

QUELLEN: 1840 und 1845: Statist. Tabellenwerk, 1. und 2. Heft (Kopenhagen 1842 und 1846) 1855 und 1860: Statist. Tabellenwerk (Kopenhagen 1857 und 1863) 1867 bis 1910: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 16, 66, 96, 121, 148, 177, 206, 234 1925 bis 1939: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 401, 451, 553 1946 bis 1961: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

12. Bevölkerung nach der Muttersprache

Muttersprache	Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920						Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936	
	1. 12. 1890		1. 12. 1900		1. 12. 1905		16. 6. 1925	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bevölkerung insgesamt	1 219 523	100	1 387 968	100	1 504 248	100	1 519 365	100
davon gaben als Muttersprache an deutsch allein	1 051 237	86,2	1 221 142	88,0	1 336 069	88,8	1 497 434	98,6
deutsch und eine fremde Sprache	3 148	0,3	4 686	0,3	3 477	0,2	6 552	0,4
darunter deutsch und friesisch	390	0,0	362	0,0	462	0,0	-	-
deutsch und dänisch	2 033	0,2	2 860	0,2	1 756	0,1	2 252	0,1
eine fremde (nichtdeutsche) Sprache	165 138	13,5	162 140	11,7	164 702	10,9	15 379	1,0
darunter friesisch	19 690	1,6	19 650	1,4	17 846	1,2	-	-
dänisch	135 132	11,1	132 217	9,5	134 185	8,9	4 868	0,3
schwedisch	3 816	0,3	2 773	0,2	2 692	0,2	384	0,0
polnisch	4 058	0,3	4 236	0,3	6 016	0,4	1 112	0,1

29. 10. 1946: Von 2 575 204 Einwohnern gaben 2 557 345 (= 99,3 %) allein deutsch, 9 648 (= 0,4 %) allein dänisch, 2 484 (= 0,1 %) russisch und 1 701 (= 0,1 %) polnisch als Muttersprache an. Am 13. 9. 1950 gaben 18 642 Einwohner (= 0,7 %) eine nichtdeutsche Muttersprache an

QUELLEN: 1890 und 1905: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 121, 206 1900 und 1925: Kaiserl. Statist. Amt (Statist. Reichsamt), Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 150, 401 1946 und 1950: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

13. Analphabeten

a) Provinz Schleswig-Holstein (ohne Lauenburg) 1. 12. 1871

	männlich	weiblich
Personen im Alter von 10 und mehr Jahren	376 646	384 253
darunter		
konnten nicht lesen und schreiben	11 382	19 408
Lese- und Schreibfähigkeit zweifelhaft	2 915	3 712

QUELLE: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 30 siehe ferner: Preußische Statistik, Heft 86 (enthält auch Angaben über Analphabeten unter den Rekruten 1867 bis 1884)

b) Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920

Von den Neuvermählten vermochten ihre Heiratsurkunde nicht durch ihre Unterschrift zu vollziehen:

Jahr	Männer	Frauen	Jahr	Männer	Frauen
1882	38	104	1887	38	96
1883	36	117	1888	33	91
1884	36	121	1889	32	89
1885	50	117	1890	39	87
1886	31	121	1891	30	77

QUELLE: Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Bureau 1893

14. Bevölkerung nach dem Ort der Geburt

Stand	Bevölkerung insgesamt		davon waren geboren									
			in der Zählgemeinde		in einer anderen Gemeinde Schleswig-Holsteins		im übrigen Reichsgebiet		im Ausland		ohne Angabe (einschl. auf See und dgl.)	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
<u>Grundzahlen</u>												
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920												
1. 12. 1871	520 579	524 840	269 236	255 680	männl.: 236 687; weibl.: 256 666	14 563	12 408	93	86			
1. 12. 1880	564 944	562 205	288 908	277 696	206 333	236 548	55 564	34 935	14 069	12 983	70	43
1. 12. 1885	576 452	573 854	278 890	268 057	214 535	247 661	70 249	45 953	12 767	12 176	11	7
1. 12. 1890	617 430	602 093	287 749	278 240	218 274	249 500	96 442	61 420	14 797	12 849	168	84
1. 12. 1900	701 577	686 391	313 280	306 309	247 036	278 464	127 309	89 519	13 895	12 050	57	49
1. 12. 1905	767 652	736 596	324 140	315 679	270 445	300 776	158 110	107 040	14 926	13 060	31	41
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937												
13. 9. 1950	1 192 124 ^a	1 360 022 ^a	382 910	384 479	241 741	310 336	466 837 ^b	540 818 ^b	100 636 ^c	124 389 ^c	.	.
<u>Verhältniszahlen</u>												
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920												
1. 12. 1871	100	100	51,7	48,7	männl.: 45,5; weibl.: 48,9	2,8	2,4	0,0	0,0			
1. 12. 1880	100	100	51,1	49,4	36,5	42,1	9,8	6,2	2,5	2,3	0,0	0,0
1. 12. 1885	100	100	48,4	46,7	37,2	43,2	12,2	8,0	2,2	2,1	0,0	0,0
1. 12. 1890	100	100	46,6	46,2	35,4	41,4	15,6	10,2	2,4	2,1	0,0	0,0
1. 12. 1900	100	100	44,7	44,6	35,2	40,6	18,1	13,0	2,0	1,8	0,0	0,0
1. 12. 1905	100	100	42,2	42,9	35,2	40,8	20,6	14,5	1,9	1,8	0,0	0,0
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937												
13. 9. 1950	100	100	32,1	28,3	20,3	22,8	39,2	39,8	8,4	9,1	.	.

a) ohne Personen in Anstaltshaushaltungen und ohne ungeklärte Fälle

b) davon

im übrigen Bundesgebiet
im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin
in den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung und im Saargebiet

männlich weiblich

96 602 107 277

c) dar. in Dänemark männlich: 6 158
weiblich: 8 886

86 163 87 855

284 072 345 686

QUELLEN: 1871 und 1880: Kaiserl. Statist. Amt, Stat. d. Dt. Reichs, I. Reihe, Bd. 14, 57; 1880 auch: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preussische Statistik, Heft 66
1885, 1890, 1900 und 1905: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preussische Statistik, Heft 96, 121, 177, 206
1950: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

15. Bevölkerung 1925 und 1950 nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des 1. und 2. Weltkrieges

1925 wurden nur die bis zum 1. 8. 1914 Geborenen einbezogen (also nicht deren danach geborene Kinder), 1950 dagegen auch die seit dem 1. 9. 1939 geborenen Kinder entsprechend dem Wohnsitz der Eltern. Außerdem ist der unterschiedliche Gebietsstand zu beachten. Die beiden Tabellen sind also nicht unmittelbar vergleichbar.

Wohnsitz vor dem 1. Weltkrieg	Insgesamt	Weiblich	Wohnsitz vor dem 2. Weltkrieg	Insgesamt	Weiblich
Von der Wohnbevölkerung am 16. 6. 1925 in Schleswig-Holstein sind vor dem 1. 8. 1914 geboren	1 263 255	644 044	Wohnbevölkerung am 13. 9. 1950 in Schleswig-Holstein	2 594 648	1 384 182
davon wohnten am 1. 8. 1914 im Deutschen Reich 1)	1 212 261	619 560	davon hatten ihren Wohnsitz am 1. 9. 1939 in (im)		
dar. in Schleswig-Holstein	1 087 793	560 540	Schleswig-Holstein	1 431 454	755 460
im Saargebiet	410	184	Berlin	43 126	22 989
in den abgetrennten Gebieten	18 578	9 097	übrigen Bundesgebiet (einschl. Saarland)	159 509	86 836
dar. in Nord Schleswig	8 657	4 463	einem Land der sowjetischen Besatzungszone	90 792	44 854
in den an Polen abgetretenen Gebieten	6 752	3 208	davon Mecklenburg/Vorpommern	34 234	17 243
in Danzig	1 520	736	Brandenburg	23 694	12 295
in Elsaß-Lothringen	1 026	398	Sachsen	16 248	7 475
im europäischen Ausland	9 304	4 468	Sachsen-Anhalt	11 057	5 263
dar. in Dänemark	1 502	742	Thüringen	5 559	2 578
Polen	1 970	973	den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung 2)	687 833	375 584
Rußland	1 870	925	davon Pommern	307 101	168 742
im außereuropäischen Ausland	1 992	736	Ostpreußen	301 027	166 148
dar. in den ehem. deutschen Kolonien	360	101	Schlesien	59 651	29 849
in Nordamerika	532	212	Brandenburg	20 054	10 845
in Südamerika	353	149	Ausland 2)	179 036	97 085
Wohnsitz unbekannt	20 710	9 999	dar. früherer Freistaat Danzig	70 188	39 288
			Polen	46 720	25 437
			früheres Memelland	13 920	7 827
			ehem. baltische Staaten	13 881	7 525
			Tschechoslowakei	12 754	5 748
			ungeklärt und ohne Angabe	2 898	1 374

1) Gebietsstand 1925 (ohne Saargebiet)

2) Gebietsstand 31. 12. 1937

QUELLEN: 1925: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 401
1950: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Urlaubsreisen	1/2
Gemeinden und Ämter	2/35
Wahlen	
Bundestagswahl 1980 (Teil 2)	2/26
Erwerbstätigkeit	
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 2)	2/42
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Geflügelhaltung	1/14
Produzierendes Gewerbe	
Handwerksstatistik ab 1977	1/7
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 1)	3/50

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang . Heft 4 . April 1981

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979/80			1980/81			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 589	2 595	2 599	2 600	2 600	2 611	2 611
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 048	1 089	1 042	505	748	812	1 066
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		4,9	5,0	4,7	2,3	3,6	3,8	4,8
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 932	1 901	1 865	1 970	1 907	1 807	2 099
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	8,8	8,4	8,9	9,2	8,4	9,5
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 605	2 617	2 735	2 706	2 607	2 435	2 852
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	12,1	12,4	12,3	12,6	11,4	12,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	28	25	24	23	15	17	25
* je 1 000 Lebendgeborene		14,7	13,0	12,9	11,7	7,9	9,4	11,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 673	- 716	- 870	- 736	- 700	- 648	- 753
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,1	- 3,3	- 3,9	- 3,3	- 3,4	- 3,0	- 3,4
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 151	6 397	5 255	6 985	5 234	5 526	5 331
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 136	5 038	4 292	5 240	4 424	4 652	4 513
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 015	+ 1 359	+ 963	+ 1 745	+ 810	+ 874	+ 818
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 720	10 129	9 093	11 334	9 307	10 308	9 889
Wanderungsfälle	Anzahl	21 007	21 564	18 640	23 559	18 965	20 486	19 733
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		142	147	126	158	137	144	134
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	44	39	42	48	47	46	53	62	62
darunter *Männer	1 000	21	18	20	24	24	22	28	35	35
Kurzarbeiter	1 000	2,7	2,6	1,6	1,5	2,0	4,1	5,3	6,5	9,6
darunter Männer	1 000	2,0	1,9	1,1	0,8	1,2	2,4	3,6	5,1	7,9
Offene Stellen	1 000	9,8	12,2	9,3	10,4	12,8	8,3	7,8	8,0	9,7
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 585 ^a	1 552 ^a	1 552	.	.	.	1 553	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	518 ^a	511 ^a	511	.	.	.	520	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	518 ^a	511 ^a	511	.	.	.	520	.	.
*Schweine	1 000	1 856 ^a	1 854 ^a	1 854	.	.	.	1 807	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	205 ^a	201 ^a	201	.	.	.	199	.	.
darunter *trächtig	1 000	136 ^a	134 ^a	134	.	.	.	134	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	39	41	35	41	32	49	41	39	36
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	252	256	247	270	242	260	259	259	223
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	5 ^c	7	8	5	8	7	7	5
*Schlachtungsmengen ¹⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,3	31,9	29,0	32,7	28,0	33,6	31,5	31,0	27,2
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,9	11,6	9,8	11,4	8,8	12,8	11,1	10,5	9,6
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	20,2	20,1	19,2	21,1	19,0	20,5	20,2	20,3	17,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	284	286	279	280	279	273	277	276	273
Kälber	kg	100	103	108	97	103	99	106	104	99
Schweine	kg	82	80	80	81	80	82	80	80	80
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	149	142	64	97	154	119	80	104
	für Masthühnerküken	1 000	1 101	1 082	901	1 092	921	1 074	1 095	1 202
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	897	970	830	938	979	835	1 000	949	818
*Milcherzeugung										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	202	199	187	201	199	167	190	202	193
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	96	96	95	96	97	95	96	97	97
	kg	12,8	12,7	11,7	12,7	13,5	10,9	12,0	12,5	13,3

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1978/79 = 7 c) Winterhalbjahr 1979/80 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979/80			1980/81				
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Produzierendes Gewerbe											
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	179	180	181	181	182	184	182	181	180	
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	127	128	129	128	129	130	128	127	127	
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 979	18 853	17 506	19 426	19 663	19 271	17 659	18 415	18 003	
*Löhne (brutto)	Mill. DM	266,5	281,3	291,5	279,5	274,9	390,4	326,3	289,7	265,5	
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	152,7	163,0	180,0	159,2	158,9	239,1	205,9	173,3	170,2	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	(1 135)	1 244	1 263	1 167	1 132	1 858	1 623	1 237	1 532	
darunter Ausland	Mill. DM	(324)	314	314	258	282	391	647	407	451	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 195	2 381	2 544	2 339	2 371	2 617	2 990	2 514	2 539	
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	363	372	443	350	359	391	648	477	541	
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	19	20	18	18	39	45	45	25	
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	28,9	30,8	28,4	31,0	33,5	32,6	27,3	36,0	35,1	
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	2,4	3,1	1,1	1,5	1,0	1,0	1,3	0,6	
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	26,6	28,5	25,3	29,9	32,0	31,6	26,2	34,7	34,4	
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	84	105	127	103	119	93	111	106	103	
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	19	22	19	14	15	17	15	
*schweres Heizöl	1 000 t	64	86	108	81	100	78	97	89	88	
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	200	215	220	206	221	232	231	221	221	
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	39	36	33	43	41	34	32	
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)											
Bauhauptgewerbe											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	54 970	57 160	56 662	55 739	55 592	57 307	56 476	54 907	53 995	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 478	6 486	5 141	3 418	4 930	6 763	4 323	3 243	4 174	
darunter für											
*Wohnungsbauten	1 000	2 996	3 024	2 353	1 629	2 397	3 057	2 000	1 639	1 909	
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 007	1 078	879	711	957	1 194	777	642	869	
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 189	2 168	1 739	1 001	1 482	2 361	1 435	907	1 330	
*Löhne (brutto)	Mill. DM	100,0	108,6	90,4	56,1	79,9	147,5	89,3	57,7	73,0	
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	15,4	17,0	19,3	15,9	15,6	25,4	20,8	16,9	17,0	
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	289,3	331,9	572,0	152,5	172,3	498,7	682,0	207,3	229,9	
Auftragseingang ⁶⁾	Mill. DM	228,0	257,5	185,1	170,2	217,5	180,0	196,2	162,6	208,4	
Ausbaugewerbe											
Beschäftigte ⁷⁾	Anzahl	8 839	8 912	9 251	8 645	8 603	9 198	9 060	8 848	8 708	
Geleistete Arbeitsstunden ⁷⁾	1 000	1 084	1 079	1 015	1 060	1 023	1 080	1 026	1 001	985	
Löhne und Gehälter ⁷⁾	Mill. DM	17,4	18,3	19,9	17,2	17,4	22,1	21,6	17,8	17,4	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	44,9	50,4	91,2	29,5	37,9	74,4	101,6	35,9	44,7	
Öffentliche Energieversorgung											
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	879	674	727	756	615	955	1 144	1 220	...	
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	742	767	874	931	859	851	931	962	...	
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	4	5	6	8	6	5	6	7	6	
Handwerk											
Handwerk (Mefzahlen) ⁸⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 ± 100	103,1	108,4	110,4	.	.	.	109,3	.	.	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. - D 1976 ± 100	109,2	121,9	152,9	.	.	.	163,2	.	.	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 11 2) 1 t Steinkohle ± 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ ± 35,169 MJ/m³) ± 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht ± 1,46 t SKE, schwer ± 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom ± 0,123 t SKE 6) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 7) im ausbaugewerblichen Betriebsteil

8) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979/80			1980/81			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 190	1 056	833	751	724	739	708
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	1 055	910	718	648	626	587	563
*2 Wohnungen	Anzahl	89	101	74	69	65	116	89
*Rauminhalt	1 000 m ³	1 011	915	634	670	635	641	730
*Wohnfläche	1 000 m ²	172	155	111	118	107	111	129
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	182	165	124	140	133	147	138
*Rauminhalt	1 000 m ³	630	678	651	552	375	455	550
*Nutzfläche	1 000 m ²	112	117	102	92	66	80	89
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 781	1 607	1 213	1 325	1 154	1 202	1 717
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	437,2	467,2	582,7	467,3	503,6	431,1	536,9	614,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	76,9	79,4	75,7	107,2	103,9	85,0	101,3	126,7	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	360,3	387,9	507,1	360,1	399,7	346,2	435,6	487,3	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,8	10,8	12,2	8,0	12,2	8,8	11,8	11,8	...
*Halbwaren	Mill. DM	31,2	42,6	36,8	59,4	65,2	41,9	62,4	67,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	319,4	334,4	458,1	292,7	322,2	295,4	361,4	408,0	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	29,1	33,8	32,6	36,2	38,4	32,6	40,6	49,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	290,3	300,6	425,5	256,5	283,8	262,8	320,8	358,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	188,9	210,8	212,9	244,8	264,1	194,4	235,5	228,7	...
darunter Italien	Mill. DM	18,4	22,2	25,5	21,3	27,5	18,4	27,4	18,9	...
Niederlande	Mill. DM	43,7	42,7	46,4	43,5	46,1	45,7	51,6	41,2	...
Dänemark	Mill. DM	39,9	46,7	51,1	59,6	54,4	37,3	40,9	42,5	...
Großbritannien	Mill. DM	33,1	41,2	34,8	44,9	41,9	37,1	32,2	32,8	...
*Einzelhandelsumsätze (MioZahl)	1970 = 100	202,2	211,6	269,9	199,0	191,9	234,5	291,2
*Gastgewerbeumsätze (MioZahl)	1970 = 100	172,8	174,1	140,7	109,6	116,1	136,6	151,9
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	246	238	91	71	86	108	91
darunter *von Auslandsgästen	1 000	21	21	8	6	9	11	9
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 931	1 826	371	313	350	423	367
darunter *von Auslandsgästen	1 000	43	46	18	14	22	24	21
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 204	1 249	1 158	1 134	1 280
Güterversand	1 000 t	461	496	442	481	523
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	209	200	237	202	172	192	195	183	159
*Güterversand	1 000 t	238	227	192	130	172	174	181	180	192
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
Anzahl		10 087	9 819	6 169	8 634	9 743	7 312	7 025	7 344	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	244	299	103	45	231	52	39	68	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	8 960	8 566	5 397	7 880	8 672	6 606	6 304	6 707	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	510	547	453	444	517	497	431	391	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 549	1 401	1 578	1 041	1 000	1 526	1 287	1 111	p 1 037
*Getötete Personen	Anzahl	53	44	55	25	32	44	50	31	p 41
*Verletzte Personen	Anzahl	2 028	1 828	2 045	1 357	1 331	1 949	1 675	1 519	p 1 336

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinations-

kraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979/80			1980/81			
		Monats- durchschnitt 1)		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 2)										
*Kredite 3) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	41 315	46 900	46 900	46 879	47 529	51 782	52 677	52 742	53 236
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	39 295	45 026	45 026	45 049	45 717	50 000	50 863	50 921	51 399
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 720	7 866	7 866	7 647	7 871	8 522	8 893	8 716	8 815
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 670	7 764	7 764	7 569	7 735	8 440	8 766	8 616	8 701
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	50	102	102	78	136	82	127	100	114
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 384	4 798	4 798	4 700	4 746	5 277	5 420	5 437	5 566
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 311	3 603	3 603	3 493	3 540	3 922	4 027	3 991	4 032
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 073	1 194	1 194	1 207	1 206	1 355	1 393	1 446	1 533
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 191	32 362	32 362	32 701	33 100	36 200	36 550	36 769	37 019
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	22 168	25 565	25 565	25 882	26 123	28 309	28 553	28 723	28 874
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 023	6 797	6 797	6 819	6 978	7 891	7 997	8 046	8 145
*Einlagen und aufgenommene Kredite 3) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	29 682	32 142	32 142	32 029	31 966	33 697	34 504	34 228	34 375
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	16 245	18 340	18 340	18 385	18 391	20 493	20 576	20 466	20 630
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 415	13 261	13 261	13 248	13 253	15 122	15 050	14 956	15 114
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 831	5 079	5 079	5 138	5 138	5 371	5 526	5 509	5 517
*Spareinlagen	Mill. DM	13 437	13 802	13 802	13 644	13 575	13 204	13 928	13 762	13 745
*bei Sparkassen	Mill. DM	7 571	7 797	7 797	7 719	7 703	7 519	7 924	7 857	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	653	659	702	902	591	595	828	979	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	580	630	701	1 066	660	593	777	1 153	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	27	19	31	35	40	48	42	45
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,1	-	2	-	-	1	-	3
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	250	298	277	257	262	348	404
*Wechselsumme	Mill. DM	1,4	1,8	1,2	1,0	1,6	2,3	2,8
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt		4.Vj. 79			4.Vj. 80			
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 747,0	1 886,0	1 941,5	.	.	.	2 343,0	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 302,4	1 385,0	1 465,7	.	.	.	1 716,6	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	811,0	852,8	960,4	.	.	.	1 231,5	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	368,4	386,3	378,8	.	.	.	356,6	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	12,9	9,5	11,2	.	.	.	17,5	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	110,1	136,4	115,3	.	.	.	111,0	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	444,6	501,0	475,7	.	.	.	626,5	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	319,6	349,2	288,7	.	.	.	412,7	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	125,0	151,8	187,0	.	.	.	213,7	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	134,2	140,6	136,9	.	.	.	117,5	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,5	0,4	0,5	.	.	.	0,2	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	124,5	130,7	131,2	.	.	.	111,6	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	122,6	133,7	118,5	.	.	.	121,4	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	24,7	27,2	28,2	.	.	.	28,4	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	66,9	76,0	57,1	.	.	.	59,7	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	4,4	4,2	4,1	.	.	.	4,2	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	262,1	284,9	282,1	.	.	.	276,1	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	6,9	7,0	6,8	.	.	.	7,0	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	48,5	49,9	45,0	.	.	.	46,8	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	167,0	188,4	189,3	.	.	.	200,5	.	.
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	19,3	20,2	21,2	.	.	.	0,1	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	987,0	1 077,8	1 177,8	.	.	.	1 266,4	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	521,2	559,7	639,1	.	.	.	669,1	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	300,1	338,2	321,1	.	.	.	422,9	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	31,5	39,3	80,7	.	.	.	56,9	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 021,5	1 105,3	1 169,3	.	.	.	1 270,6	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	607,6	643,9	730,3	.	.	.	790,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	259,8	288,4	240,1	.	.	.	301,5	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	31,5	39,4	80,3	.	.	.	56,9	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	379,0	386,1	521,6	.	.	.	637,3	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 5)	Mill. DM	104,0	109,6	28,6	.	.	.	86,6	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	180,0	179,9	400,2	.	.	.	475,0	.	.

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1978	1979	1979/80			1980/81				
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Preise											
Preisindexziffern im Bundesgebiet											
Einfuhrpreise	1976 = 100	97,7	109,1	116,1	121,2	122,8	129,8	130,9	
Ausfuhrpreise	1976 = 100	103,3	108,2	110,4	112,9	113,7	116,5	116,6	
Grundstoffpreise	1970 = 100	145,5	156,1	163,4	168,3	170,6	178,5	179,7	
Erzeugerpreise											
gewerblicher Produkte	1976 = 100	103,9	108,9	111,7	113,5	114,5	119,5	120,0	121,2	122,2	
landwirtschaftlicher Produkte	1976 = 100	95,5	96,9	101,1	100,7	100,6	p 101,0	p 103,0	p 102,2	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 7)	1976 = 100	111,3	121,1	-	-	128,8	136,9	-	-	...	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	1976 = 100	100,8	106,0	108,7	109,7	111,2	114,9	116,4	117,6	...	
Einzelhandelspreise	1976 = 100	106,4	110,1	112,2	113,4	114,2	117,4	118,0	119,0	119,7	
*Preisindex der Lebenshaltung 8) insgesamt	1976 = 100	106,5	110,9	113,1	113,7	114,9	118,6	119,3	120,3	121,2	
darunter für											
*Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	109,4	110,8	111,5	113,1	113,8	115,3	116,2	
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	109,4	114,2	117,0	117,8	118,6	123,2	123,4	124,0	124,7	
Wohnungsmieten	1976 = 100	106,4	109,8	112,3	112,9	113,5	117,0	117,3	117,7	118,1	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	103,3	124,8	131,6	134,8	135,3	141,1	145,4	148,2	151,0	
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	106,8	110,2	112,5	113,8	114,6	119,1	119,7	121,2	121,8	
Löhne und Gehälter 9)											
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste											
*männliche Arbeiter	DM	544	577	.	570	.	.	.	601	.	
darunter *Facharbeiter	DM	568	607	.	602	.	.	.	636	.	
*weibliche Arbeiter	DM	361	377	.	383	.	.	.	404	.	
darunter *Hilfsarbeiter	DM	343	361	.	367	.	.	.	388	.	
Bruttostundenverdienste											
*männliche Arbeiter	DM	12,67	13,45	.	13,41	.	.	.	14,34	.	
darunter *Facharbeiter	DM	13,30	14,16	.	14,07	.	.	.	15,05	.	
*weibliche Arbeiter	DM	8,95	9,37	.	9,50	.	.	.	10,22	.	
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,51	8,97	.	9,11	.	.	.	9,81	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit											
männliche Arbeiter	Stunden	42,7	42,7	.	42,5	.	.	.	41,9	.	
weibliche Arbeiter	Stunden	40,3	40,1	.	40,3	.	.	.	39,5	.	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste											
in Industrie und Hoch- und Tiefbau											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	2 907	3 086	.	3 202	.	.	.	3 413	.	
*weiblich	DM	2 009	2 126	.	2 176	.	.	.	2 333	.	
Technische Angestellte											
*männlich	DM	3 106	3 305	.	3 348	.	.	.	3 570	.	
*weiblich	DM	1 921	2 040	.	2 086	.	.	.	2 255	.	
in Handel, Kredit und Versicherungen											
Kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	2 534	2 675	.	2 766	.	.	.	2 959	.	
*weiblich	DM	1 701	1 806	.	1 862	.	.	.	2 019	.	
Technische Angestellte											
männlich	DM	2 591	2 735	.	2 840	.	.	.	2 929	.	
weiblich	DM	
in Industrie und Handel zusammen											
Kaufmännische Angestellte											
männlich	DM	2 654	2 808	.	2 908	.	.	.	3 101	.	
weiblich	DM	1 786	1 893	.	1 949	.	.	.	2 107	.	
Technische Angestellte											
männliche	DM	3 070	3 267	.	3 313	.	.	.	3 530	.	
weiblich	DM	1 918	2 035	.	2 084	.	.	.	2 252	.	

*j) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Kredits und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 7) Nur Neubau 8) für alle privaten Haushalte 9) Effektivverdienste

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 156 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000				
1975	15	19	13	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 892	229	23 684	452
1976	16	15	12	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	23 181	505
1979	19	17	8	...	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1975	875	8	742	47	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	57,0	37,4
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8

Jahr	Steuern									Neuverschuldung ⁶⁾		
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
Mill. DM												
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940
1978	4 022	4 141	1 516	1 778	4 759	2 849	1 474	498	745	7 317	2 544	2 003
1979	4 386	3 487	1 544	2 004	5 091	3 002	1 545	523	834	7 865	2 592	2 044

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1970 ≙ 100	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 ≙ 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾	
	indu- strieller Produkte	landwirt- schaftlicher Produkte		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VII (Bürokraft)
								Männer	Frauen	Männer		
	1970 ≙ 100	1970 ≙ 100						DM				
1975	135,5	133,2	138,9	95,9	95,6	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739
1976	140,8	149,0	143,7	100	100	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	144,5	142,3	150,7	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	146,3	137,0	159,7	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	153,6	139,6	173,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267

1) Errichtung neuer Gebäude (Wohn- und Nichtwohnbau) 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) ohne Kassenkredite 7) ohne Schulden der Eigenbetriebe 8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 9) für alle privaten Haushalte 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. November 1980			Bevölkerungsveränderung im November 1980			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1981 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	87 968	- 0,1	- 1,0	- 26	- 20	- 46	38	1	49
KIEL	250 491	+ 0,2	- 0,1	- 116	512	396	80	2	104
LÜBECK	220 645	- 0,1	- 0,8	- 140	- 119	- 259	74	3	84
NEUMÜNSTER	80 214	- 0,0	- 0,2	- 24	23	- 1	47	-	54
Dithmarschen	130 539	- 0,1	+ 0,2	- 63	- 53	- 116	56	4	73
Hzgt. Lauenburg	155 814	+ 0,0	+ 0,8	- 44	83	39	51	3	59
Nordfriesland	161 970	- 0,2	+ 0,5	- 19	- 234	- 253	60	3	81
Ostholstein	191 597	+ 0,0	+ 1,0	- 28	39	11	85	1	106
Pinneberg	260 265	- 0,1	+ 0,5	- 55	- 122	- 177	104	3	124
Plön	116 412	+ 0,2	+ 0,4	- 10	248	238	46	5	60
Rendsburg-Eckernförde	245 236	+ 0,0	+ 0,8	- 28	47	19	101	7	140
Schleswig-Flensburg	181 756	+ 0,0	+ 0,6	- 33	88	55	61	1	86
Segeberg	210 147	+ 0,1	+ 1,5	4	183	187	100	4	136
Steinburg	129 040	- 0,0	+ 0,1	- 29	- 16	- 45	55	2	69
Stormarn	189 126	+ 0,1	+ 1,8	- 37	215	178	79	2	111
Schleswig-Holstein	2 611 220	+ 0,0	+ 0,5	- 648	874	226	1 037	41	1 336

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1981		
	Betriebe am 28.2.1981	Beschäftigte am 28.2.1981	Umsatz ⁴⁾ im Februar 1981 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	76	9 539	128	32 748	29 631	337
KIEL	141	26 823	346	92 540	84 003	336
LÜBECK	152	25 811	245	80 252	72 485	329
NEUMÜNSTER	79	10 583	87	33 102	29 472	368
Dithmarschen	80	7 639	337	61 071	48 832	374
Hzgt. Lauenburg	100	8 916	75	66 302	57 133	366
Nordfriesland	57	2 859	50	73 379	59 288	367
Ostholstein	88	6 078	76	79 922	68 412	357
Pinneberg	194	22 352	254	113 544	99 539	382
Plön	46	2 747	27	52 950	44 662	384
Rendsburg-Eckernförde	129	11 276	133	110 263	92 204	376
Schleswig-Flensburg	89	5 196	99	86 219	70 007	385
Segeberg	173	14 760	190	104 022	89 591	426
Steinburg	91	9 824	138	58 758	48 006	372
Stormarn	148	15 793	355	85 537	75 295	397
Schleswig-Holstein	1 643	180 196	2 539	1 130 609	968 560	371

1) nach dem Gebietsstand vom 30.11.1980 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1980			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 1. 1. 1981	Kurzarbeiter Monatsmitte Januar 1981	offene Stellen am 1. 1. 1981	Schweine insgesamt am 1. 8. 1980	Rindvieh am 3. 6. 1980	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 610,3	+ 4,7	+ 0,5	62	6	8	1 959	1 597	495
Hamburg	1 648,6	- 8,1	- 0,4	31	1	8	13	15	3
Niedersachsen	7 254,8	+ 2,4	+ 0,3	185	39	22	7 322	3 338	1 069
Bremen	695,2	- 3,8	- 0,1	19	7	3	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 061,8	+ 0,9	+ 0,3	378	111	54	5 811	2 029	626
Hessen	5 597,2	+ 4,0	+ 0,5	94	42	21	1 400	920	297
Rheinland-Pfalz	3 643,4	- 0,1	+ 0,3	81	17	12	760	668	236
Baden-Württemberg	9 255,5	+ 4,1	+ 0,9	120	70	45	2 276	1 883	683
Bayern	10 919,6	+ 4,2	+ 0,5	266	79	44	4 461	5 113	2 014
Saarland	1 067,9	- 4,6	- 0,2	29	23	2	53	73	26
Berlin (West)	1 898,9	- 10,5	- 0,3	44	5	8	4	1	0
Bundesgebiet	61 653,1	+ 1,7	+ 0,4	1 309	402	228	24 066	15 658	5 454

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im November 1980			
	Beschäftigte am 31. 12. 1980 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1980		Produk- tions- index 3) (1970 = 100) im Dezember 1980	Beschäftigte am 30. 11. 1980		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	182	2 990	22	.	57	22	1 202	4,6	782	3,0
Hamburg	167	6 653	11	100 ^a	31	19	476	2,9	337	2,0
Niedersachsen	711	9 746	28	...	156	21	3 177	4,4	3 256	4,5
Bremen	89	1 960	16	.	16	22	102	1,5	290	4,2
Nordrhein-Westfalen	2 187	29 362	26	.	295	17	7 013	4,1	3 886	4,0
Hessen	666	8 002	29	96 ^a	107	19	2 281	4,1	690	1,2
Rheinland-Pfalz	395	6 322	35	131	76	21	2 215	6,1	605	1,7
Baden-Württemberg	1 486	17 883	28	116	201	22	4 249	4,6	5 548	6,0
Bayern	1 384	15 365	27	125	270	25	5 475	5,0	5 414	5,0
Saarland	155	1 829	27	...	22	21	458	4,3	221	2,1
Berlin (West)	180	1 836	14	.	35	18	394	2,1	497	2,6
Bundesgebiet	7 604	101 948	26	p 118	1 265	21	27 042	4,4	24 526	4,0

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1980			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Dezember 1980				Bestand an Spar- ⁸⁾ einlagen am 30. 11. 1980 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 4. Vierteljahr 1980		
									in DM je Einwohner		
	in 1 000							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 129	968	371	1 287	50	1 675	134	5 068	507	499	...
Hamburg	626	567	344	765	24	944	127	8 558	808	4 055	...
Niedersachsen	3 200	2 720	375	3 372	167	4 438	137	6 183	522	560	...
Bremen	266	240	346	325	3	385	119	7 010	643	1 296	...
Nordrhein-Westfalen	7 054	6 326	371	6 903	231	8 795	131	6 936	596	961	...
Hessen	2 558	2 226	398	2 337	89	3 108	137	7 695	632	828	...
Rheinland-Pfalz	1 699	1 430	393	1 541	46	2 074	138	6 936	527	639	...
Baden-Württemberg	4 222	3 603	390	3 340	152	4 599	142	7 527	611	845	...
Bayern	4 984	4 076	374	4 401	203	6 194	145	7 950	535	657	...
Saarland	462	415	389	498	15	637	131	6 497	503	522	...
Berlin (West)	640	573	302	860	15	1 071	126	6 805	453	1 478	...
Bundesgebiet	26 938 ^b	23 192 ^b	377	25 629	995	33 920	136	7 138	574	888	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe 5) ohne Bundespost und Bundesbahn 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

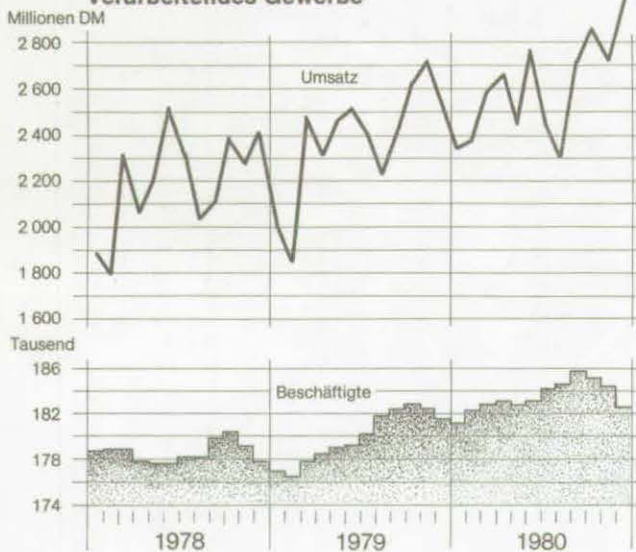
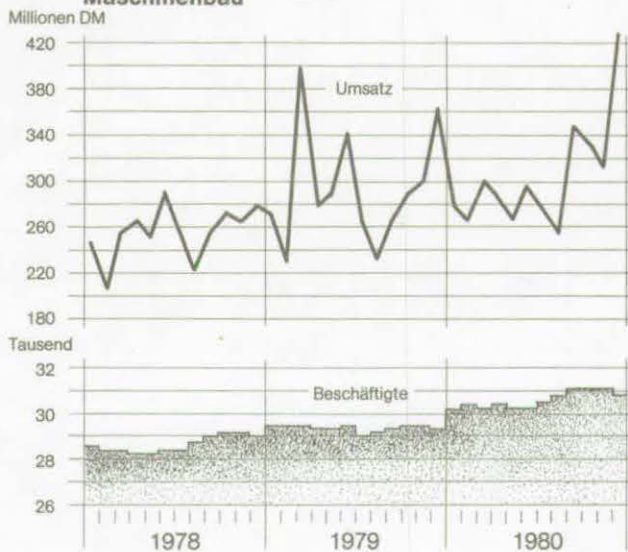
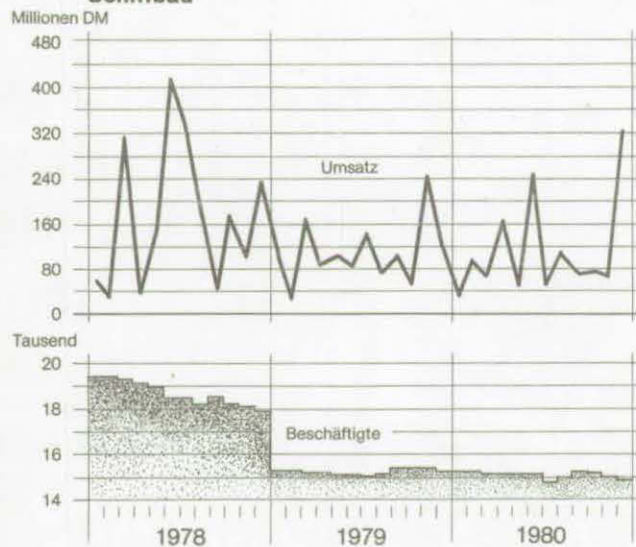
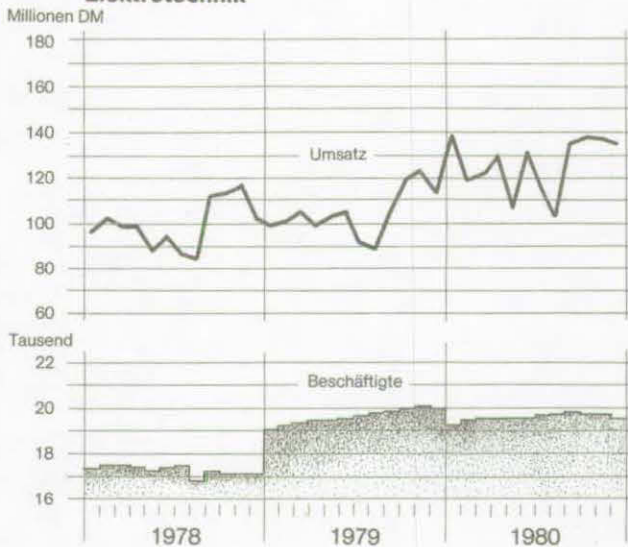
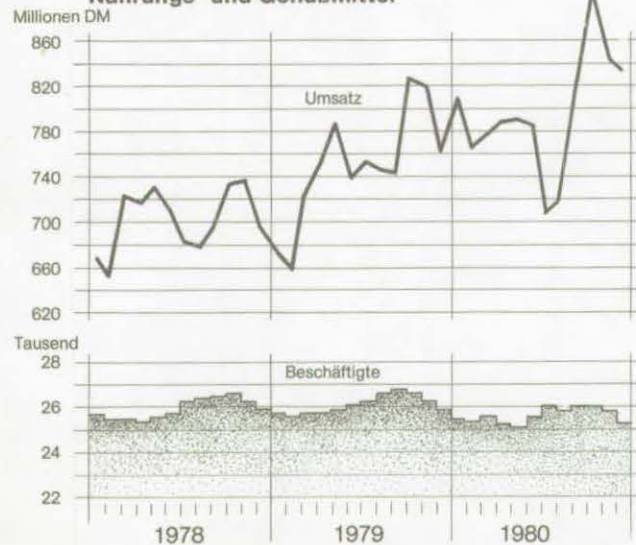
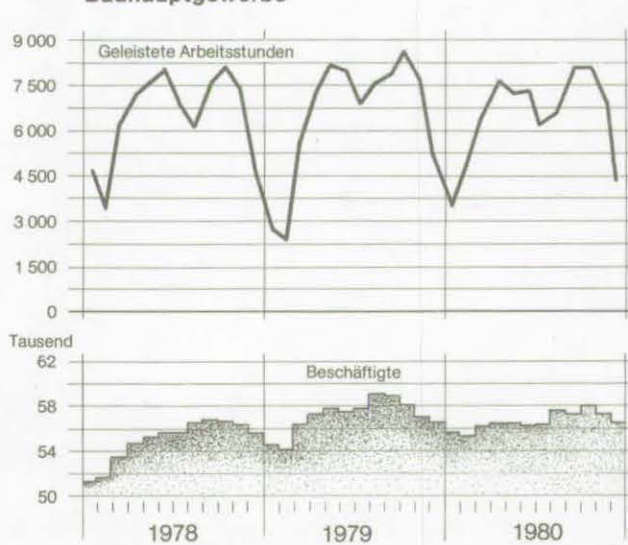
7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

a) 1976 = 100 b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • B

Teil A — in den Heften der ungeradzahlg. Monate — enthält: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Verunglückte im Straßenverkehr; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

Verarbeitendes Gewerbe***Maschinenbau*****Schiffbau*****Elektrotechnik*****Nahrungs- und Genußmittel*****Bauhauptgewerbe**

* Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

